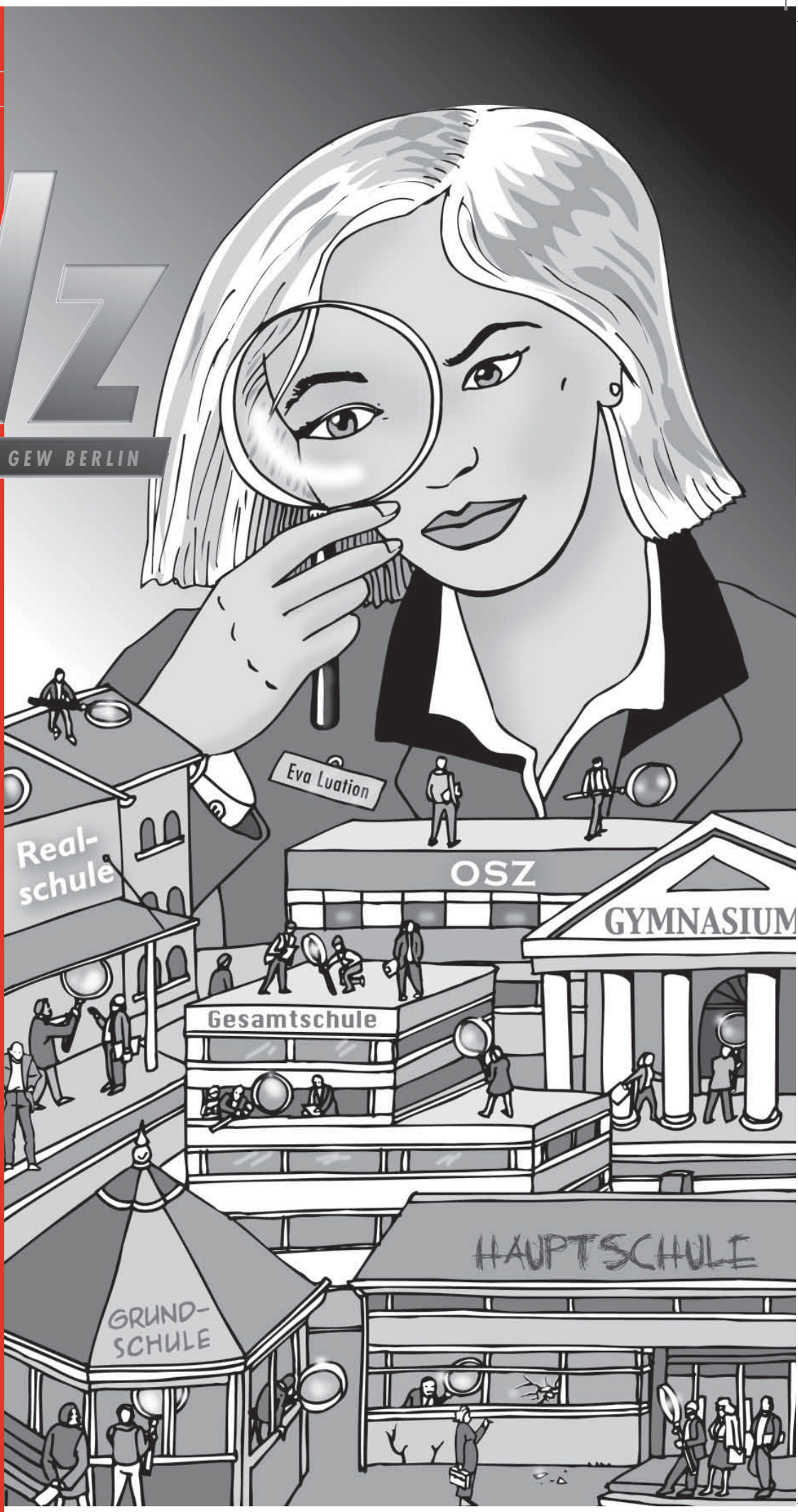
MAI 2006

blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN

59.(74.) JAHRGANG



STANDPUNKT
Für eine Schule ohne Notausgang
SEITE 3

SCHWERPUNKT
Schule im Test
SEITE 6

Rütli ist überall!
SEITE 5 UND 14

EXTRA
Notfall-Leitfaden gegen Abschiebungen

Zur Krise der sozialen Arbeit
SEITE 30

blzTitel_05_06.indd 3 19.04.2006 14:11:27 Uhr

ILLUSTRATION: DIETER TONN

ÜBRIGENS

Gerade als die blz fast fertig war, kam der Rütli-Brief in die Öffentlichkeit und verursachte ein gewaltiges Medienecho. Weil wir wegen der Osterferien die Mai-Ausgabe der blz etwas früher fertig hatten als normal, war es nicht ganz einfach, das Thema noch in die blz zu bringen.

Etwas schwierig war es, weil ohnehin schon die Hälfte der Artikel wegen akutem Platzmangel verschoben werden mussten. So erscheinen zum Beispiel die Berichte über die SEK-I-Tagung erst im nächsten Heft. Und auch die Bücherseite zur Fußball-WM kommt leider später als geplant.

Wir hoffen, dass das Ergebnis unserer Bemühungen trotzdem die LeserInnen überzeugt. Und wir danken den entäuschten AutorInnen für ihr Verständnis. *wl*

Red.Schluss Juli/August-Ausgabe: 2. Juni
September-Ausgabe: 16. Juni!

INHALT

3-5 Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion |

SCHWERPUNKT

6 Schule im Test — S. Baumgardt/B. Liedtke
7 Reise in die Vergangenheit — Ralf Schiweck
9 Der Schulinspektor kommt ... — Roger Kutschki
10 Die Inspektoren kommen – mit geschärften Sinnen, nicht mit Messern — Sigrid Baumgardt
12 Ich werde eine schulinterne Evaluationsberaterin — Carola Giesen
13 Auf verlorenem Posten — Andrea Schlömer

SCHULE

14 Rütli ist überall! — Peter Sinram
22 Hinsehen und Handeln — M. Triebe/K. Will
23 Alltagsaufgaben gemeinsam lösen — U. Widmer-Rockstroh
25 Mut zum Unmut — Holger Dehring
26 Lehrerinnenzentriert und klar strukturiert — Hans Merkens
27 Alles ist möglich — M. Nové/G. Weil
28 Schlechter Start für den Anfangsunterricht — Käthe-Kollwitz-Grundschule

EXTRA

17 Für den Fall der Fälle — Monika Rebitzki
18 Notfall-Leitfaden gegen Abschiebungen — N.N.
20 Ein Thema für die Schulen — N.N.

GEWERKSCHAFT

29 Die Falle ist längst zugeschnappt — Matthias Jähne

SOZIALPÄDAGOGIK

30 Verlorene Arbeitsplätze — Herwig Grote

RECHT & TARIF

31 Die Senatsverwaltung hat „gerechnet" — Holger Dehring

SERVICE

16 Ausgewählte Filme in kostenlosen Sondervorstellungen — Udo Jeschal
32 Theater und Schule | Fortbildung | Materialien

IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

Redaktion:
Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordinierung und Schlussredaktion), Beate Frilling, Andreas Kraft, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck, Andreas Schmidt, Folker Schmidt.
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin,
Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:
GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 9 vom 1.7.2003

Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,
Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck:
Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 6, 10587 Berlin

ISSN 0944-3207 5/2006: 22.300

LEUTE

Sigrid Gärtner kehrt nach 14 Jahren als Vorsitzende des Landesseniorenausschusses wieder als einfaches, aber aktives Mitglied an die Basis zurück. Zum Amtsabschied gab es ein buntes Programm, Blumen und viele anerkennende Worte. Sigrid hat wesentlich zum Verständnis zwischen Ost und West beigetragen und den Ausschuss zu einem Arbeitsgremium für die Interessen der SeniorInnen gemacht. Daneben war sie auf der Bundesebene aktiv. Ihre GEW-Familie wird schauen, ob sich Sigrid mit bald 79 Jahren endlich mehr Zeit für Reisen nimmt – oder doch wieder neue Herausforderungen sucht.

Monika Rebitzki wird 65 Jahre! Zwar ist sie nicht mehr Referatsleiterin und Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand, aber nach wie vor aktiv: Im Mete-Ekşi-Fonds ebenso wie im Landesausschuss multikulturelle Angelegenheiten und nicht zuletzt in ihrem angestammten Gebiet Schulrecht. Wir gratulieren!

Jutta Schöler, Professorin für Erziehungswissenschaft an der TU Berlin, hat ihren aktiven Hochschuldienst Ende März 2006 beendet. Vor einem viertel Jahrhundert hat sie ihr Engagement für die gemeinsame Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderungen begonnen. In zahlreichen Veröffentlichungen und Vorträgen hat sie sich für die Integration Behinderter eingesetzt. Als Abschiedsgeschenk ist die DVD „Prof. Dr. Jutta Schöler: Engagement und Impulse“ erschienen, erhältlich für 5 Euro zuzüglich Versandkosten über Merz-Atalik Kerstin@ph-ludwigsburg.de

Klaus Böger weiß über alles Bescheid, behauptet der *Tagesspiegel* in seiner Ausgabe am 1. April (?!): „Intern hat Böger schon oft eingestanden, dass die Berliner Schulbehörde – auf Landes- und bezirklicher Ebene – sich als kaum reformierbar erweist. Sie hat den Ruf, intransparent, unflexibel, parteipolitisch durchsetzt und manchmal auch inkompetent zu sein.“

Dieter Lenzen, Präsident der FU Berlin, hat verdientermaßen vom VBE den „Nassen Schwamm“ für den bildungspolitischen Tiefschlag des Jahres erhalten. Lenzen hatte in der *Berliner Zeitung* geäußert, eine Studie habe ergeben, dass „der Intelligenzquotient bei türkischen Migranten niedriger sein kann“.

FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Für eine Schule ohne Notausgang

Bleibt das gegliederte Schulsystem, bleiben auch die Probleme.

von Rose-Marie Seggelke, Vorsitzende der GEW BERLIN

Nachdem die Rütli-Oberschule mit ihrem Brandbrief Bewegung in die Berliner Schulstrukturdebatte gebracht hat, denkt inzwischen selbst Schulsenator Böger öffentlich über die Sinnhaftigkeit des dreigliedrigen Schulsystems nach. Er tut es wie immer nur halbherzig. Allenfalls wagt er sich eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen vorzustellen. Das wäre ein winzig kleiner Schritt in die richtige Richtung, der allerdings auf wenig Gegenliebe bei den meisten Realschulen stoßen wird. Sie wollen die HauptschülerInnen nicht, die sie ja zum Teil selbst an die Hauptschulen durchgereicht haben. Klaus Böger weiß das und darum kann er sich eine Fusion der beiden Schularten auch nur auf freiwilliger Basis vorstellen.

Das erstaunt uns, will es doch so gar nicht zum sonstigen Führungsstil des Senators passen. In der letzten Zeit wurde vieles von oben nach unten durchgestellt, ohne die Betroffenen einzubeziehen. Oder erinnert sich etwa jemand, dass er vor der Abschaffung der Vorklassen, der Einführung von Vergleichsarbeiten und Mittlerem Schulabschluss, der Installierung der flexiblen Schulanfangsphase, der Durchführung von Schulinspektionen nach der Meinung derjenigen gefragt hätte, die seine Reformen umzusetzen haben? Gerade an einer Stelle, wo konsequente Entscheidungen des obersten Bildungspolitikers unserer Stadt notwendig sind, kneift er und setzt auf Freiwilligkeit.

Dass jetzt die Hauptschulen, die ihre desolate Unterrichtssituation öffentlich beklagen, zusätzliches Personal erhalten, ist erfreulich und dringend notwendig. Aber diese Maßnahmen sind nur ein Herumlaborieren an den Symptomen eines kranken Schulsystems. Das Übel wird nicht an der Wurzel gepackt. Das gegliederte Schulsystem wird nicht zur Disposition gestellt. Die auch von der SPD vor einem Jahr beschlossene Einführung einer gemeinsamen Schule für alle wird nicht auf den Weg gebracht.

Und es wird nicht dort investiert, wo die Kinder zu künftigen HauptschülerInnen werden – in der vorschulischen Bildung und in den Grundschulen. Dabei dürfte allen BildungspolitikerInnen klar sein, dass nur ein gutes Bildungsangebot von Anfang an den Abstieg von Kindern und Jugendlichen ins soziale Abseits verhindern kann. Deshalb müssen vordringlich Kitas und Grundschulen ausreichend ausgestattet werden, um alle Kinder individuell fördern zu können. Das Gegenteil ist in Berlin der Fall. So sind 119 von 370 Grundschulen mit weniger als 100 Prozent der erforderlichen Lehrkräfte ausgestattet. Damit ist individuelle Förderung schwer möglich, und es werden zwangsläufig weiter künftige HauptschülerInnen produziert.

Wir müssen die Schulstrukturdebatte am Kochen halten. Jetzt ist der günstigste Moment, mit der Abschaffung des gegliederten Schulsystems zu beginnen. Personell und sächlich gut ausgestattete Grundschulen können zu Schulen für alle Kinder bis zur 10. Klasse ausgebaut werden. Gesamtschulen und Gymnasien können komplette Klassen benachbarter Grundschulen übernehmen. Das sind keine weltfremden Visionen. Es gibt in Deutschland etliche gute Beispiele dafür. In Berlin hat z.B. die Sophie-Scholl-Schule erfolgreich den mutigen Schritt gewagt, sich vom Gymnasium in eine Gesamtschule zu wandeln.

Das Aussortieren von Kindern, die den Ansprüchen ihrer Schule nicht gerecht werden, muss ein Ende haben. Die Berliner Schule muss eine Schule ohne Notausgang werden. Der Rütli-Konflikt hat eins klar gemacht: Wer schweigt, bekommt keine Hilfe! Darum, liebe KollegInnen, werft den Bögerschen Maulkorb ab und prangert öffentlich Missstände an euren Schulen und Einrichtungen an.

Beim ersten europäischen Praktikanten-Aktionstag am 1. April machten Praktikanten in Berlin, Paris, Brüssel, Wien, Dresden auf ihre Situation als billige oder sogar kostenlose Arbeitskräfte ohne Rechte aufmerksam. Zu der Aktion in Berlin hatten der Verein fairwork und die DGB-Jugend aufgerufen. Der DGB fordert klare Mindestbedingungen für Praktika. FOTO: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSIT

Läusemittel mit schlechten Testergebnissen

Nur mit „ungenügend" wurde das bekannte Läusemittel „Goldstein Forte" von der Zeitschrift „Öko-Test" bewertet. Zwar wirkt das Mittel gut, steckt aber voll mit Substanzen, die im Verdacht stehen, Allergien auszulösen oder Krebs. Testsieger ist das Läusemittel Infecto Pedicul (Lösung), das nicht nur ein „sehr gut" bei der Wirksamkeit erhielt, sondern auch bei den Inhaltsstoffen besser abschnitt. Unbedenklich ist aber auch dieses Läusemittel nicht, weswegen selbst der Testsieger nur die Note „ausreichend" bekam. Nachzulesen im März-Heft von „Öko-Test".

Schul-Kooperationen mit zweifelhaftem Wert

Im Bezirk Mitte sind 22 Grundschulen zu Kooperationspartnern der Freien Universität im Rahmen der LehrerInnenausbildung erklärt worden. In einem Brief an Bildungssenator Klaus Böger begrüßt Michael Martin als zuständiger Referatsleiter der GEW BERLIN die angestrebte stärkere Vernetzung von universitärer und schulischer Ausbildung, kritisiert aber, dass die direkt Betroffenen nicht oder nur mangelhaft in die Planung einbezogen wurden. Außerdem sei unklar, wie die vorgesehenen „anleitenden Lehrkräfte" für diese Aufgaben qualifiziert werden und ob sich genügend Lehrkräfte fänden, die für einen Einmalbetrag von 150 Euro das Praktikum voll verantwortlich vorbereiten, durchführen und auswerten. Darüber hinaus sei ebenfalls zu klären, wie der „eigenständige Unterricht" der Praktikanten genau aussehe und was der Terminus „Ausbildungsschule" bedeute, wenn laut Landesschulrat Hans-Jürgen Pokall an allen Schulen Praktikumsplätze zur Verfügung stehen. Martin kritisiert auch, dass in einem Anschreiben an die Schulen der Eindruck erweckt werde, die Schulen könnten sich auf diesem Wege „geeigneten Personalnachwuchs" sichern.

Panne bei vermeintlichem Amoklauf an einem OSZ

Im OSZ Sozialwesen, Sozialpädagogik und Altenpflege in Pankow kam es Anfang März bei einem vermeintlichen Amoklauf eines Schülers zu Pannen beim Polizeieinsatz. Der Schulleitung war eine Amokdrohung eines Schülers durch Mitschüler gemeldet worden. Die alarmierte Polizei schickte sofort einen Streifenwagen los und später auch ein Spezialeinsatzkommando (SEK). Die notwendige Verstärkung mit Polizeikräften zur Absperrung und Räumung der Schule blieb jedoch aus, weil angeblich keine Kräfte frei waren. Außerdem waren die beiden Polizisten des Streifenwagens nicht erreichbar, weil ihre Funkgeräte nicht funktionierten. Erst zwanzig Minuten nach dem Notruf kamen Polizeibeamte in das Schulgebäude und nahmen den Schüler fest, der allerdings bestritt, einen Amoklauf geplant zu haben. (Siehe auch Artikel „Notfallpläne, Seite 22)

Unterstützung für eine Schule in Ruanda

„Hirondelles joyeux-joyeuses" bzw. fröhliche Schwälbchen heißt ein Schulprojekt in Ruandas Hauptstadt Kigali , das von der ehemaligen Berliner Fachstudienrätin und GEW-Kollegin Petra Bauer 2005 initiiert wurde. Ziel des Projekts ist es, armen Kindern von der Straße – Voll- und Halbwaisen, Kindern von Aidskranken sowie Opfern der Folgen des Genozids – eine Möglichkeit zu bieten, eine Schule zu besuchen. Das Projekt soll diese Kinder auf die Schule vorbereiten. Dazu werden die 40 SchülerInnen von drei Lehrkräften unterrichtet. Nach einem Jahr Tätigkeit ist der Erfolg des Projektes schon sichtbar. Die Kinder machen enorme Lernfortschritte, das soziale Verhalten der Kinder hat sich verbessert. Die Kosten für dieses Projekt in Höhe von 420 Euro pro Monat sowie den Schulbau trägt Petra Bauer bislang allein. Da das auf Dauer nicht geht, bittet sie um Unterstützung in Form einer Geldspende oder einer Projektpatenschaft (Zahlung eines monatlichen Beitrages). Die GEW BERLIN hat hierzu ein Spendenkonto eingerichtet: Kontonummer: 1000 222 000, SEB AG, BLZ 100 101 11, Verwendungszweck: Ruanda 2006. Auf der Landesdelegiertenversammlung im Mai soll ebenfalls für dieses Projekt gesammelt werden.

Selbstständige können freiwillig in die Arbeitslosenversicherung

Wer mindestens 15 Stunden/Woche eine selbstständige Tätigkeit ausübt und innerhalb der letzten zwei Jahre vor Aufnahme dieser Tätigkeit mindestens ein Jahr versicherungspflichtig beschäftigt oder über Arbeitslosengeld und –hilfe versichert war, kann in die Arbeitslosenversicherung. Der Antrag dafür muss spätestens innerhalb eines Monats nach Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit gestellt werden. Wer sich also am 1.5. 2006 selbstständig macht, muss den Antrag spätestens am 1.6.06 gestellt haben. Langjährig Selbstständige können ihren Antrag aber noch bis zum Jahresende 2006 stellen. Dabei ist es unerheblich, wann man in der Vergangenheit die selbstständige Tätigkeit begonnen hat und wie lange diese bereits ausgeübt wurde. Eine Informationsveranstaltung dazu findet am 2. Juni statt. Siehe Ankündigung auf der Rückseite dieser blz.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

„Qualitätsmanagement“ von K.-P. Börtzler, *blz 2/06*

Liebe Kollegen der blz-Redaktion, von dem ausgesprochen missglückten Ausflug in die Gattungslehre (Führungskräfte seien keine Menschen) abgesehen: Was ist Eure Kritik am Qualitätsmanagement? Wisst Ihr überhaupt, was sich mit EFQM verbindet? Setzen: Sechs! Mit kollegialen Grüßen. *Clemens Körte*

„So bitte nicht“ von Hannelore Bergmann, *blz 2/06*

Der Artikel von Hannelore Bergmann, einer engagierten Lehrerin an der Paul-Klee-Grundschule, berührte mich sehr. Welch konsequente Haltung! Wie bedauerlich ist es, dass solche Pädagoginnen das Handtuch werfen. Ich selbst, stets um Weiterbildungen bemüht (Studium, zweijährige sozialtherapeutische Weiterbildung mit diversen anderen Fortbildungen), und Befürworterin der Bildungsreform, bin mit good will – wegen Schließung der Kita im Sommer 2005 als Erzieherin, für eine andere Tätigkeit gab es keine Stellen – an eine Grundschule gegangen. Wie wir wissen, war die Situation an den meisten Schulen katastrophal. Nach ein paar Wochen bin ich an dieser Bildungsreform gescheitert und musste die Schule wegen Depression verlassen. Meine berufliche Zukunft ist ungewiss. Wir wissen, welche Bedarfe an den Schulen existieren: qualifizierte Elternarbeit, Schulsozialarbeit, Arbeit in kleinen Gruppen, aber es wird kein Cent mehr ausgegeben, im Gegenteil. Die Situation wurde erheblich verschlechtert. Dabei denke ich z.B. nur an den zu engen Personalschlüssel. Der erhoffte Bildungsschwung wird unter diesen Bedingungen ausbleiben. *Brigitte Dost-Ferreira*

„Auf die Mischung kommt es an“ von Jens Grosspietsch, *blz 3-4/06*

Wenn der Autor meint, wenn alle Schulen einen gleichen Ausländeranteil hätten, wäre der Kern des Problems erfasst, so greift auch das zu kurz und ist Theorie. Das Beispiel Berlin zeigt, dass es nun einmal eine Spaltung zwischen Zehlendorf und Pankow, zwischen Wedding und Köpenick gibt. Wo bestimmte Wohngebiete billigen Wohnraum haben und andere für Normalverdiener unerschwinglich sind, gibt es eine Selektion zwischen Gutverdienern bis Reichen und sozial Schwachen, zu denen nun einmal Zuwanderer in ihrer Mehrheit gehören, aber auch die sogenannten bildungsfernen Schichten. Das ist Bestandteil dieses gesellschaftlichen Systems. Bliebe als Alternative die täglich transportable Mischung durch Schülerwanderungen zwischen den Bezirken. Diese sind aber bereits heute – woran man sich im Westen gewöhnt hat – nicht akzeptabel. Als ich zum ersten Mal als Ostberliner nach Westberlin fahren durfte, war ich erstaunt, welche Massen von Schülern mittags in den U-Bahnen waren. Heute erlebe ich, dass Schüler aus Bernau nach Pankow, Pankower Schüler nach Mitte usw. fahren, ein zeitraubendes Herumwandern. Ein weiterer kaum beachteter Aspekt ist die Tatsache, dass durch den Besuch wohngebietsferner Schulen dauerhafte Freundschaften von Schülern, die auch in der Freizeit miteinander kommunizieren, unmöglich sind. So ist die Forderung nach einer Mischung der Schüler eine – offenbar unerfüllbare – Forderung nach Mischung der Gesellschaftsschichten, was wohl kaum im Sinne der Regierenden oder der FDP ist. *Gerhard Rosenberg*

„Streik im öffentlichen Dienst“ von Ilse Schaad, *blz 3-4/06*

Das Dilemma von Gewerkschaften: der eindimensionale Blick

Die Tarifabschlüsse von Gewerkschaften seit 1997 zeigen, dass es nur noch geringe Lohnzuwächse gibt, während gleichzeitig die Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Die Gewerkschaften befinden sich in einem Dilemma, wenn Wachstumsraten stagnieren und das goldene Zeitalter hoher Einkommenszuwächse vorbei ist. Der Produktionszuwachs reicht niemals dazu aus, um Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, sondern Produktivitätsanstieg ist für Massenarbeitslosigkeit verantwortlich. Neues Wachstum kommt schließlich zum Teil durch mehr Produktivität zustande, die vorwiegend arbeitssparend ist. Überhaupt kann Wachstum nicht so angekurbelt werden, wie es viele wünschen, man bedenke die ökologischen Grenzen. Eine Strategie jenseits des Wachstum ist zu entwickeln. Wachstum ist ein historisch hergestellter Begriff und eine Denkkonstruktion und somit auch veränderbar. *Antonia Brinker*

GESCHICHTEN AUS DEM TOLLHAUS

Angesichts des Bedarfs an Beratung und Hilfe mutet es an wie eine Geschichte aus dem Tollhaus, dass die Ausdünnung der Schulpsychologie um mehr als 30 Prozent immer noch fortgesetzt wird: eine PsychologIn ist in Berlin für mehr als 5000 SchülerInnen zuständig. Die Situation wird sich dramatisch verschlechtern, wenn diese Kürzung ab Januar 2003 Realität wird.

Siegfried Arnz, blz 12/ 2002

Schon vergessen, dass LehrerInnen am Anfang der 80-er Jahre darauf hingewiesen haben, dass Migrantenkinder Gefahr laufen Analphabeten in 2 Sprachen zu werden? Gerade die GEW hat sich in diesem Bereich stark engagiert, um auf diese Situation aufmerksam zu machen und hat Wege aufgezeigt, dieses zu verändern. Und wieder ist nichts Grundlegendes passiert. Die zweisprachige Alphabetisierung war ständig begleitet vom Kampf die Stellen zu sichern ... . Es ging ständig nur darum, zu verhindern, dass die ohnehin schon kläglichen Ansätze nicht auch noch aufgrund der Berliner Finanzlage gestrichen wurden. An einer inhaltlichen Diskussion und an einer ernsthaften Veränderung der schulischen Situation der Migrantenkinder hatte offensichtlich niemand Interesse bis auf die betroffenen KollegInnen.

Karla Werkentin, blz 12/2002

DER RÜTLI-SCHWUR

Nun reden sie wieder von der Verbindung von Haupt- und Realschule als Patentlösung. Weniger als ein Drittel des Schülerjahrgangs – und noch dazu das Schwächere – soll die Integration der Migranten und der sozial Ausgegrenzten alleine leisten. Dabei schwafeln doch die politischen Leistungsträger von einer herausragenden nationalen Aufgabe. Wenn das so ist – wären dann nicht die zukünftigen schwerstbegabten Leistungsträger und ihre Lehrkräfte an den Gymnasien in erster Linie dazu berufen, diese Aufgabe zu stemmen? Da könnten sie doch ihre Führungsrolle mal richtig erproben...

Nein, natürlich nicht! Ein wirklich integratives Schulsystem wird bauernschlau aus der Diskussion herausgehalten. Die Realschule wird als Bauernopfer gebracht, um Dame und König, das Gymnasium, zu retten. Und GEW-Kollegen sind tapfer dabei! *Thomas Isensee*

Weiteres zum Thema auf Seite 14 und 15

Schule im Test

Die Beschäftigten der Berliner Schule haben alle Hände voll zu tun. Lehrkräfte hecheln der Umsetzung zahlreicher Reformen hinterher, Schulleitungen sehen sich einem Meer neuer Aufgaben gegenüber. Alles und alle laufen auf Hochtouren. Noch wird an vielen Schulen das Schulprogramm entwickelt und damit die interne Evaluation gestartet, da kommen schon die InspektorInnen und evaluieren die Evaluation.

Verstanden wird das Ganze natürlich als Unterstützung der Arbeit an den Schulen. Aber sehen das die KollegInnen auch so? Erleben sie die Schulinspektion als hilfreich? Bekommen sie wirklich zusätzliche Erkenntnisse oder dienen die Ergebnisse der externen Evaluation nur einer zentralen Überprüfung, ob im Schulprogramm geflunkert wurde? Was soll werden mit den Erkenntnissen über Schwächen und Stärken? Wer trägt die Verantwortung für den Prozess vom Ist zum Soll, für das Entwickeln von Entwicklungsbedarfen?

Die Antwort ist denkbar einfach und unbefriedigend zugleich. Die Schule mit ihrer erweiterten Verantwortung und mit ihren ohnehin schon zu knappen Ressourcen darf das selbst tun, bislang jedenfalls. Denn bisher sieht das Konzept der Senatsbildungsverwaltung zur Entwicklung der Berliner Schulqualität außer kostenneutraler Reformen vor allem Mittel der Dokumentation und Überprüfung vor. Da gibt es z. B. neben der internen und externen Evaluation die zahlreichen Vergleichsarbeiten. Dürfen die KollegInnen denn darauf hoffen, dass – nach dem die Instrumente der Qualitätssicherung erprobt sind – auch ein Netz unterstützender Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung entsteht? Wenn man die die letzten Jahre betrachtet, so fehlt der Glaube daran.

Also, was bleibt? Augen zu und durch ist ganz sicher die falsche Devise. Deshalb von uns neben Informationen ein paar Anregungen für die Diskussion mit unserem Schwerpunkt.

Ein Interview mit einer Schulleiterin darüber, wie ihre Schule die Inspektion erlebte und was sie sich erhofft, eröffnet den Schwerpunkt. Danach gehen wir der Frage nach, was kann einen Kollegen dazu bewegen, Inspektor zu werden? Im Weiteren erfahrt ihr, wie die Eckpunkte zur Schulinspektion aussehen. Mit den Erwartungen und Erfahrungen von KollegInnen, die die Fortbildung zur Evaluationsberaterin mitmachen und mitgemacht haben, schließen wir unseren Schwerpunkt und nehmen so beide Seiten der Medaille Evaluation auf, die externe und die interne Evaluation.

Sigrid Baumgardt und Bettina Liedtke, für die Redaktion der blz

FOTO: VEIT METTE

Reise in die Vergangenheit

Wie eine Schulleiterin die Schulinspektion erlebte.

Für die blz fragte Ralf Schiweck

blz: Susanne, du leitest eine Oberschule in einem Brennpunktbezirk und hast vor einigen Wochen die Ankündigung erhalten, dass eine Schulinspektion ins Haus steht. Wie war deine erste Reaktion?

Susanne R.*: Nun, ein Freudenschrei hört sich anders an, aber im Ernst. Wir kämpften gerade mit der Unvollkommenheit der Zeugnisvorlagen, arbeiteten uns in die Vorbereitung zum mittleren Schulabschluss ein, formulierten noch am Schulprogramm, um den Abgabetermin einhalten zu können und dann noch das! Meine Bereitschaft, auch diese Hürde noch zu nehmen, war begrenzt.

blz: Hattest du das Gefühl, die Kommission hat Rücksicht auf diese Situation genommen?

Susanne R.: Erstaunlicherweise nicht. Erstaunlicherweise deshalb, weil ja immerhin zwei SchulleiterInnen dabei waren. Nein, sie zogen ein Gespräch ab, das offensichtlich einem vorgegebenen Standard entsprach und bei dem man nicht den Eindruck hatte, dass es irgendwelche spezifischen Bedingungen der Schule, der Schulleitung, der Lehrkräfte, der Schüler oder der Jahresplanung berücksichtigt. Selbst der Schultyp, also ob es eine Sonderschule oder ein Gymnasium ist, spielt bei dieser Inspektion keine Rolle. Alle erhalten die gleichen Erhebungsbögen, die gleichen Fragen – überall das gleiche Raster.

blz: Welchen Ablauf hatte denn das Ganze?

Susanne R.: Nach dem Ankündigungsschreiben stellte sich die Kommission vor, vier Personen. Freundlich, aber kühl und sachlich, keine Spur von Kollegialität, eher spürte ich etwas Duft aus wilhelminischer Zeit. Meinen KollegInnen und mir wurde erklärt, dass großer Wert bei der Auswahl des Inspektionsteams darauf gelegt wurde, dass es bisher keinerlei Beziehungen zur Schule und den agierenden Personen in der Schule gab, sonst könnte man ja nicht mehr objektiv sein!

Die Zeitleiste wurden festgelegt und die Bedingungen beschrieben. Weiterhin wurde eine „Liste der Schuldokumente“ vorgelegt, die teilweise per Post zugesandt (bitte auf keinen Fall die Terminvorgabe überschreiten: ca. 14 Tage nach der Vorlage der Liste) und teilweise bei der Inspektion vorgelegt werden sollten. Zum Beispiel das Schulprogramm, ein Evaluationskonzept, besondere pädagogische Konzepte, etwa zur Sprachförderung, Schuldistanz, IT-Konzept, Fortbildungskonzept. Nebenbei wollten sie natürlich auch noch Protokolle, schulinterne Infoblätter oder den Pressespiegel der Schule einsehen, wer immer so etwas auch hat.

blz: Also keine Angelegenheit, die man mal eben so nebenbei erledigt, wie die diversen Statistiken der Senatsverwaltung?

Susanne R.: Nein, eher wie die Vorbereitung zu einem großen Schulfest, nur nicht mit einem freudvollen Ziel. Natürlich mussten auch die LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern über diese Inspektion informiert und darauf vorbereitet werden. Es sollten ja mit allen Beteiligten Interviews durchgeführt werden.

Dazu musste eingeladen werden, Räume mussten organisiert werden, ja sogar Lotsen für die Damen und Herren Inspektoren mussten gestellt werden. Und verhungern will man sie ja auch nicht lassen, wer weiß, wie sich das auf das Ergebnis ausgewirkt hätte.

blz: Gab es neben den Interviews mit allen beteiligten Gruppen auch noch anderes Erhebungsmaterial?

Susanne R.: Das pädagogische Personal und die Lehrer erhielten noch Fragebögen, mit denen etwas über Schulmanagement und Schulkultur abgefragt wird.

blz: Was müssen wir uns darunter vorstellen?

Susanne R.: Zum Beispiel wird danach gefragt, ob regelmäßig Vergleichsarbeiten stattfinden, ob es regelmäßige Treffen gibt, ob die Materialien aufeinander abgestimmt sind oder ob es einheitliche Vorgehensweisen in den verschiedenen Handlungskomplexen gibt. Aber es wird natürlich auch nicht unterlassen danach zu fragen, ob die Schulleitung regelmäßige Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräche durchführt und wie transparent die Informationsübermittlung ist.

blz: Das war aber noch nicht alles, oder?

Susanne R.: Wo denkst du hin? Den Kern der Inspektion bilden zwei Inspektionstage. Das ging von 7.45 Uhr, als sich das Inspektionsteam vorgestellt hat, bis um 20.30 Uhr, als die Eltern interviewt wurden. Nach der Vorstellung, es fröstelte einen ein wenig, präsentierte die Schulleitung „ihre Schule“, danach führte ich sie durchs Haus. Ein warming up sozusagen. Danach ging es in den Unterricht, zuerst zu viert, dann zu zweit, um möglichst viel Unterricht zu sehen.

blz: Die Unterrichtsbesuche sind doch sicherlich auch vorher zu planen?

Susanne R.: Das hätten wir sogar noch gern übernommen, aber es war nicht nötig. Die Kommission stürzt fast überfallartig in irgendeine Klasse. Sie stellen sich als Personen nicht vor, eigentlich verstecken sie sich da hinter ihrer Inspektorenmaske, aber egal. In der Klasse blieben sie dann rund 20 Minuten, dann verließen sie den Raum so unvermittelt, wie sie ihn gestürmt hatten. Dies wiederholte sich an beiden Tagen bis der Unterricht beendet war, manchmal auch mehrmals in einer Klasse oder bei einem Kollegen.

blz: Was schätzt du, wie viel von dem Unterricht so inspiziert wurde?

Susanne R.: Ich denke es waren so um 80 Prozent. Dazu muss man natürlich noch sagen, dass an diesen Tagen keine Klassenarbeiten geschrieben, keine Ausflüge gemacht und keine Filme gezeigt werden durften.

blz: Weißt du, welche Parameter erfasst wurden?

Susanne R.: Welche Parameter sie guten Glaubens waren zu erfassen? Ja. Aber natürlich war es nicht ansatzweise das, was wir erfassen müssen, wenn wir eine dienstliche Beurteilung fertigen, oder einen Referendar beraten. Und das ist auch gut so. Es wurde in fünf Kategorien bewertet, z.B. fachliche Qualität des Unterrichts, innere Differenzierung, selbstständiges Lernen, intensive Nutzung der Lernzeit, Schaffung von Arbeitsbedingungen, positives pädagogisches Klima oder der faire Umgang mit Schülern. Es passte jedenfalls alles auf eine Seite.

Die spezifischen Bedingungen der Schule werden nicht berücksichtigt

blz: War da Platz für individuelle Einschätzungen? Auf der einen Seite gibt es ja besonders problematische Klassen mit besonders auffälligen Schülern. Auf der anderen Seite hat man manchmal einen Kollegen, der 30 Jahre lang immer in der ersten Reihe stand, jetzt aber kurz vor der Pensionierung im Schonprogramm läuft.

Susanne R.: Nein, dies alles, und auch das Einzugsgebiet, hatten keinerlei Einfluss auf irgendeine Bewertung. Jedenfalls wurde weder danach gefragt, noch tauchte es in einem Erhebungsbogen auf.

blz: Und nachmittags?

Susanne R.: Am ersten Tag interviewte man 90 Minuten die mit ihren Dokumenten bewaffnete Schulleiterin, am zweiten Nachmittag die SchülerInnen. Viele der abgefragten Sachverhalte hätte die Kommission sich sparen können, wenn sie das Schulgesetz und die Rahmenpläne gelesen hätte. Vielleicht sollte aber auch nur unsere Lesefähigkeit überprüft werden. Dass abends die Eltern dran waren, das habe ich, glaube ich, schon gesagt.

blz: Gab es denn auch eine Auswertung des Ganzen?

Susanne R.: Keine Kommission ohne einen Kommissionsbericht! Das viele Geld muss doch zumindest in einen statistischen Wert münden. Dabei sind Anonymität und Vertraulichkeit zugesichert, wobei dies natürlich nicht gegenüber der Schulaufsicht und dem Schulträger gilt. Der Bericht sollte unsere Stärken und Schwächen widerspiegeln, vielleicht auch unsere gefühlte Temperatur! Also, die Ergebnisse wurden der Schulkonferenz zwei Monate später präsentiert, natürlich mit unserem Beamer.

blz: Hat es eure Schule weitergebracht?

Susanne R.: Tja, keine einfache Antwort. Diese ganze Inszenierung war neben dem zusätzlichen Arbeitsaufwand vor allem auch ein wenig spannend. Wenn man sie beobachtet hatte in ihrer wichtigen Arbeit, da kam mir schon des Öfteren ein Schmunzeln übers Gesicht. Wirklich respekteinflößend waren die Damen und Herren, bei allen Bemühungen, nicht wirklich.

Es hat mir vor allem gezeigt, wie viel wir eigentlich schon gut machen. Wie vielschichtig dieser Job ist und wie toll meine Kolleginnen und Kollegen sind. Egal, was dabei herausgekommen ist, manche Dinge sind uns bewusster geworden und es gab auch kleine Anstöße für das, was wir noch verbessern können. Indes, der große Wurf war es nicht und der Aufwand stand in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis. Das sogenannte „Qualitätsprofil" hat uns kein ganz unbekanntes Spiegelbild gezeigt und über die Nachhaltigkeit der Impulse habe ich schon nach drei Tagen nicht mehr nachgedacht.

blz: Noch einen Schlusssatz?

Susanne R.: Ja. Liebe Inspektorinnen und Inspektoren, werdet lockerer, etwas verbindlicher, versteckt euch nicht, wir setzen doch auch keine Maske mehr auf, wenn wir eine Klassenarbeit schreiben. Nehmt euch mehr Zeit, werdet für einige Tage mit den Kollegien ein gemeinsames Team; und gebt ruhig zu, dass ihr persönlich von diesen Schulbesuchen nicht wenig profitiert.

Bleiben noch Fragen offen:

- Welcher Leitungskader in der Senatsverwaltung möchte wieder preußische Rollenvorbilder einführen? Oder haben etwa auch hierbei wieder einmal die Erben von Margot Honecker versucht, alte Disziplinierungsinstrumente zu reaktivieren?.
- Warum wird ein Schulleiter Inspektor? Wenn er an Schulentwicklung interessiert ist, dann muss er doch in „seiner" Schule wirken. Ist es Flucht, Karriere, Geltungsbedürfnis, Machtgefühl?
- Was unternimmt die Senatsverwaltung wenn an einer Schule festgestellt wird, dass aufgrund des Altersdurchschnitts von vielleicht 55 nicht genügend innovativ gearbeitet wird?
- Würden nicht z.B. zwei erfahrene Coachs, die ein viertel Jahr in einer Schule zu Gast sind und alle Variablen dieser Schule kennen lernen, eine bessere Beratung und Veränderung erzielen können?

Susanne R. Der Name wurde von der Redaktion geändert.*

Der Schulinspektor kommt! Die Angst geht um ...

Warum sich der Autor dennoch freiwillig beworben hat.

von Roger Kutschki, OSZ Handel I

Im Frühjahr dieses Jahres suchte die Senatsbildungsverwaltung je 18 KollegInnen aus Schulleitungen und Kollegien der Berliner Schule, die bei den Inspektions-Teams mitmachen wollten. Alle Schularten sollten vertreten sein. Wie viele Bewerbungen eingingen, ist bekannt; es waren mehr als gebraucht wurden. Im Bewerbungsverfahren mussten die KandidatInnen sich schon vor den Sommerferien einem sogenannten Assessment-Center unterziehen.

Wer wie ich – gerade in einem großen OSZ – in den letzten Jahren festgestellt hat, dass viele ältere KollegInnen nur noch auf die Pensionierung warten (hoffen) und damit manchmal auch neue, jüngere Lehrkräfte desillusionieren, hofft manchmal noch, etwas verändern zu können.

Ich war in Dänemark und habe dort motivierte LehrerInnen gesehen und eine funktionierende Schule erlebt. Deshalb habe ich mich gefragt: Warum klappt das so nicht in Berlin? Liegt es nur an den sich verschlechternden Bedingungen, ist die Arbeitszeitverlängerung an allem schuld?

Ein weiterer Grund für mein Interesse an einer Inspektorentätigkeit war das Neue. Vielleicht können wir in der festgefahrenen Berliner Bildungslandschaft etwas verbessern, für Schüler, Eltern und Lehrer. Keine Hoffnung hatte ich bezüglich einer modischen Inspektorenkluft, ja selbst der Wunsch nach einer fetzigen Mütze erschien zu hoch gegriffen. (Mit solchen Kommentaren wird man allerdings auf den langen Fluren eines OSZ konfrontiert.)

Eine Überraschung

Am 19. August 2005 fand die Auftaktveranstaltung der ausgewählten zukünftigen InspektorInnen statt. Die Erwartungen an die dort Erschienenen waren gemischt. Kommen dort etwa verknöcherte, des Schullebens müde oder von Schülern frustrierte Lehrkörper und Leitungsorgane hin? Die Überraschung hätte für mich nicht größer sein können. Es waren hoch motivierte Menschen mit viel Verständnis für die Berliner Situation, die mit Elan und auch Spaß an die bevorstehende Arbeit gehen wollen. Selten habe ich ein Seminar mit Lehrern erlebt, in dem mehr gelacht wurde. Die Arbeitsergebnisse können sich sehen lassen. Die Forderungen, die im September vom IBS (Interessenverband Berufsbildender Schulen) bezüglich der zukünftigen Schulinspektion aufgestellt wurden, wurden von allen TeilnehmerInnen der Startveranstaltung begrüßt. Alle sind motiviert und

Alle Schulen erhalten Besuch von den Inspektoren. FOTO: PHOTOCASE.DE

werden für diese Aufgabe zusätzlich qualifiziert werden. Wichtig war aber auch allen (!) die benötigte fachliche und inhaltliche Unabhängigkeit in der Inspektion. Selbst Herr Pieper betonte, dass die Teams frei sind von politischen Weisungen. Alle MitarbeiterInnen der Schulinspektion sind gleichberechtigt, in den Teams gibt es keine Hierarchien.

Qualitätssicherung ist keine Strafe

Qualitätssicherungssysteme gibt es weltweit und seit Jahrzehnten; sie sind keine Gängelungsinstrumente der MitarbeiterInnen durch die Führung. Schule kann und darf sich einer Qualitätssicherung nicht entziehen. Qualitätssicherung hat nicht das Ziel, die Arbeitskraft stärker zu belasten, sondern Fehler nicht erst am Ende feststellen zu müssen. Fehler, auch im Bildungssystem, müssen im Erziehungs- und Bildungsprozess so früh wie möglich erkannt und vermieden werden. Und Ergebnisse, die sich sehen lassen können, müssen nach außen kommuniziert werden. Was gut ist, soll herausgehoben werden!

Fazit: Eine Tätigkeit, die gemacht werden muss, sollte von Personen getan werden, die dies gern tun. Auch Mitglieder der Gewerkschaft müssen sich daran beteiligen. Die Aufgabe der Schulinspektion muss darauf hinauslaufen, den Berliner Schulen zu helfen, ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag zu erfüllen. Auch Kritik an der Senatsverwaltung ist dabei erwünscht!

Die Inspektoren kommen – mit geschärften Sinnen, nicht mit Messern

Berlin folgt dem niedersächsischem Vorbild.

von Sigrid Baumgardt für Berlin und Cordula Mielke für Niedersachsen

FOTO: PRIVAT

Sigrid Baumgardt

Seit Oktober 2005 sitzen 45 ausgewählte InspektorInnen zusammen, neun kommen aus dem Bereich der Schulaufsicht, 18 aus Schulleitungen und weitere 18 sind Lehrkräfte mit Erfahrungen im Bereich der Evaluation. Sie bilden sich fort, unternehmen Probeinspektionen bzw. einen sogenannten Kalibrierungsdurchlauf an neun Berliner allgemeinbildenden Schulen, um valide und standardisierte Instrumente und Verfahren zur Unterrichtsbeobachtung und zur Beurteilung von Stärken und Schwächen an der Berliner Schule zu entwickeln und zu erproben. Grundlage ist der Handlungsrahmen Schulqualität in Berlin, der sechs Qualitätsbereiche und 25 Qualitätsmerkmale mit 70 Qualitätskriterien enthält. Die Qualitätsbereiche sollen die Gegenwart abbilden und darüber hinaus weisen. Inhalte sind Ergebnisse der Schule, Lehr- und Lernprozesse, Schulkultur und Schulmanagement, Professionalität und Personalentwicklung, Ziele und Strategien. Für die ersten 36 Inspektionen sind zunächst 16 Qualitätsmerkmale relevant, die durch zwei frei von der Schule wählbare ergänzt werden müssen. All das ist im Internet seit Mai 2005 nachzulesen. Die Schulen haben jeweils drei Exemplare der Broschüre erhalten. Für die KollegInnen interessanter sind die Unterrichtsbeobachtungsbögen, die demnächst auch dem Internet zu entnehmen sind.

Wie ist nun aber der konkrete Ablauf?

Das Inspektionsteam kündigt sich 3 bis 6 Monate vor der Inspektion an, fragt die notwendigen statistischen Daten für die Dokumentenanalyse ab und die zunächst noch frei wählbaren zusätzlichen zwei Qualitätsmerkmale. Zu den Daten für die Dokumentenanalyse zählen neben den Schuldaten Angaben über die Zusammensetzung der Schülerschaft, über die personelle, sächliche und finanzielle Ausstattung, über die Ergebnisse der Vergleichstests der SchülerInnen und deren Schulerfolge. Lehrerfragebögen werden in den Kollegien verteilt, die der Selbsteinschätzung der eigenen Schule und Unterrichtsqualität dienen sollen. Sie können freiwillig und anonymisiert ausgefüllt werden und gehen nur in den Bericht ein, wenn der Rücklauf bei 80 Prozent und darüber liegt. Die InspektorInnen betrachten diesen Fragebogen als Chance für die KollegInnen, sich ehrlich über ihre Schule zu äußern. Bei den KollegInnen kommen da eher Zweifel auf, wie ehrlich die Beantwortung sein darf, ohne für die eigene Schule Schaden anzurichten.

Dann gibt es weitere standardisierte 90-minütige Interviews, eins mit dem Schulleiter, der Schulleiterin, eins mit der erweiterten Schulleitung, weitere jeweils mit den KollegInnen, Eltern und SchülervertreterInnen. Die InterviewpartnerInnen werden nach Zufallsprinzip zusammengestellt. Die Zielsetzung ist unklar.

Der nächste wesentliche Bestandteil sind 20-minütige Unterrichtsbesuche, die ebenfalls auf Unterrichtsbeobachtungsbögen dokumentiert werden. Nach Aussagen der InspektorInnen reicht diese Zeit völlig aus, um ein vergleichbares und objektives Beobachtungsergebnis zu erzielen. Auf den Bögen wird darüber hinaus vermerkt, ob der Beginn oder das Ende einer Stunde angesehen wurde. Die InspektorInnen gehen davon aus, dass sie normalen Unterricht zu Gesicht bekommen, und würden anderenfalls dies auch in ihren Berichten vermerken. Anders als in Niedersachsen sollen in Berlin nicht nur die Hälfte der KollegInnen im Unterricht besucht werden, sondern 70 Prozent, um die Validität des Berichtes über die Unterrichtsqualität zu gewährleisten. Eine Rückmeldung erhalten die Lehrkräfte nicht, da ja nicht sie beurteilt werden, sondern die Schule.

Ein weiterer Bestandteil ist das Schulprogramm, bzw. derzeit noch der aktuelle Stand, da die Schulprogramme ja erst im September 2006 vorliegen müssen. Ein Grund dafür, dass der Beginn der externen Evaluation den KollegInnen jetzt mitten im Prozess der Schulprogrammentwicklung verfrüht erscheint und zu Recht als zusätzliche Belastung und Druck wahrgenommen wird.

All das fließt in einen ersten Bericht ein, der von der Schule zur Kenntnis genommen wird, und, sollten sich Differenzen im Zahlenmaterial ergeben, gegebenenfalls korrigiert wird. Dann wird der endgültige Bericht verfasst, der mit der Schulkonferenz, der Schulleitung und der Schulaufsicht besprochen werden soll.

Die Inspektionen dauern in der Regel je nach Größe der Schule zwei Tage. Sie werden jeweils von drei InspektorInnen mit möglichst weitgehender Fremdsicht durchgeführt, d. h., die InspektorInnen sollten weder Nichten noch Neffen an der betreffenden Schule haben oder sie aus anderen

Zusammenhängen kennen. Ab März werden die Teams zumeist durch ein Elternteil ergänzt. Der Bericht wird dann zeitnah erstellt. Am Abend nach Abschluss der Inspektion setzt sich das Team für erste Auswertungen und Eingaben zur Datenlage zusammen.

Bis Februar gab es einen Probedurchlauf an neun allgemeinbildenden Schulen. Jetzt folgen 36 weitere Schulen, u.a. auch Oberstufenzentren und Sonderschulen, von denen sich die Hälfte freiwillig gemeldet hat, die andere Hälfte per Zufallslos ausgewählt wurde.

Evaluation der Evaluation

Dieses Verfahren läuft zunächst drei Jahre. Dann soll evaluiert werden. Die Frage ist, wie wird die Evaluation der Evaluation aussehen. Bemisst sie sich an den tatsächlichen Verbesserungen der Schulqualität durch das Instrument der externen Evaluation und ist diese lediglich selbst der Evaluation. Dass die InspektorInnen von ihrem Handeln überzeugt sind, zeigt sich in allen Gesprächen mit ihnen. Aber sie haben auch eine sehr enge Brille auf, denn die Frage „Und was dann?“ gehört nicht in ihren Aufgabenbereich. Ihre Arbeit ist mit dem Bericht erledigt. Es ist Aufgabe der Schule, sich über Konsequenzen aus dem Bericht Gedanken zu machen. Die Schulaufsicht wird darüber wachen und im Rahmen von Zielvereinbarungen auf der Grundlage der aktualisierten Zahlen in regelmäßigen Abständen prüfen, ob sich etwas in die positive Richtung bewegt. Spätestens an dieser Stelle ist dann die notwendige weitgehende Fremdsicht nicht mehr gewahrt und es kommt zu einer Vermischung von Schulaufsicht und Evaluation.

Was ist die Grundlage der externen Evaluation?

Das Schulgesetz sieht im § 9 verschiedene Instrumente für die Qualitätssicherung und Evaluation vor. Es ermächtigt die Senatsbildungsverwaltung eine Rechtsverordnung zu erlassen, die Verfahren, Konzeption, Durchführung, Auswertung und Berichtslegung für die interne, externe Evaluation sowie Schulvergleichstests regeln soll. Bisher fehlt diese Rechtsverordnung noch und es sind auch keine Signale zu erkennen, diese in Angriff zu nehmen. Denn wie zu bemerken, laufen die Inspektionen ja auch ohne Rechtsverordnung. Man bemerke: Hier möchte die Senatsbildungsverwaltung von einer Überregulierung absehen. Sie beschreibt immer wieder die dringende Notwendigkeit der externen Evaluation als ergänzendes Instrument zur internen.

Kein Netz zur Unterstützung

Die Grundlage der Qualitätsentwicklung der Berliner Schule besteht derzeit vorrangig aus Dokumentation und standardisierten Beobachtungsverfahren sowie Vergleichstests, die die Grundlage für eine neue Form der Transparenz bieten sollen.

KARIKATUR: CLARA

Das Instrument der externen Schulevaluation soll Stärken sichern und Entwicklung fördern. Dieses hehre Ziel soll allerdings allein erreicht werden über das Feststellen der Stärken und Schwächen bzw. Entwicklungsfelder einer Schule, die im Anschluss dann, wie auch Cordula Mielke aus Niedersachsen beschreibt, einem Selbstheilungsprozess anheim gegeben werden. Ein Netz zur Unterstützung der Qualitätsentwicklung gibt es derzeit nicht. Was aber sollen die Schulen mit den Erkenntnissen machen? Was macht die Senatsbildungsverwaltung damit?

Die Befürchtung, dass die externe Evaluation für ein Schulranking benutzt wird, liegt nahe. Vor allem auch, weil die Ergebnisse von der Öffentlichkeit als objektiv wahrgenommen werden. Unter welchen Rahmenbedingungen z. B. von personeller Unterausstattung, schlechtem baulichen Zustand sie erzielt wurden, fällt in der Betrachtung hinten runter. Es bleibt den Schulen überlassen, ob und welche Teile des Berichts sie ihrem Schulporträt beifügen. Schlechte Rahmenbedingungen sind hier sicher nicht zu finden, und wer letztendlich keinen Bericht aufzuweisen hat, trifft seine eigene Aussage.

In Finnland abgeschafft

In Finnland wurde die Schulinspektion 1991 abgeschafft, weil sie nicht als geeignetes Instrument zur Qualitätsentwicklung angesehen wurde. Das klingt logisch. Denn Qualitätssicherung und Evaluation können nur ein Bestandteil der Qualitätsentwicklung sein und sie nicht allein ausmachen.

Berlin muss erst eigene Erfahrungen machen und sich vor allem auch darum kümmern, was nach dem Bericht an Unterstützung folgt: für die Schule, für die KollegInnen, für die Rahmenbedingungen. Evaluation ist wichtig, aber eben nur ein Baustein zur Qualitätsentwicklung.

Ich werde eine schulinterne Evaluationsberaterin

Bericht über eine denkwürdige Fortbildung.

von Carola Giesen, Gymnasiallehrerin und Fachseminarleiterin

Neben vielen anderen schönen Neuerungen, die die Berliner Schule in die Zukunft führen sollen, sind für jede Schule zwei zertifizierte schulinterne Evaluationsberater vorgesehen. Das klingt so toll, dass ich sofort bereit bin, die 40-stündige Fortbildung auf mich zu nehmen. Natürlich gibt es dafür keine Abminderungen. Und die meisten Veranstaltungen finden auch zwischen 17:00 und 19:30 Uhr statt, also nach einem lockeren Arbeitstag, wenn man richtig fit ist. Wie sich zeigen wird, ist Letzteres nicht unbedingt erforderlich.

Klein anfangen

Aber fangen wir vorne an: Beginn ist in der Verwaltungsakademie, die Gruppe hat ca. 30 Teilnehmer, zusammen bringen wir grob geschätzt mindestens 600 Jahre Berufserfahrung mit (man ahnt das Durchschnittsalter der Kursteilnehmer!). Das ficht die beiden Dozentinnen wenig an, wir beginnen mit einer Übung aus dem Vorbereitungskurs für das Referendariat: Jeder darf auf ein farbiges Kärtchen drei Merkmale guten Unterrichts notieren! Klasse! Schon dafür hat sich der Weg nach Berlin-Friedrichsfelde gelohnt. Der Rest des Vormittags geht dann mit Anheften, Clustern, Diskutieren vorbei, Erkenntnisgewinn = Null. Die Ergebnisse auf den Plakaten gleichen sich so ziemlich, die Diskussionsbeiträge kennt man auch alle schon, die Kollegen sind alle nett und freundlich, die Mittagspause ist ganz in Ordnung, es gibt das eine oder andere nette Gespräch – nur: Gelernt habe ich noch nichts. Aber vielleicht geht's ja nach der Pause los damit, denn wir sollen ja nun Unterricht bewerten und Checklisten kennen lernen.

Was ist guter Unterricht?

Zunächst werden 30 Sekunden lange Schnipsel aus Unterrichtsstunden (TIMSS-Studie) gezeigt. Aufgabe: Beurteilen Sie, wie der Kollege mit der Unterrichtsstörung umgeht. Schnipsel läuft, keiner von uns sieht eine Unterrichtsstörung: Schnipsel läuft noch mal, wird gestoppt: In der letzten Reihe lacht ein Schüler! Unterrichtsstörung! Nun beginnt ein lebhaftes Gespräch: Keiner der Kursteilnehmer erkennt das als eine Störung, stattdessen hören wir spannende Geschichten aus dem Alltag in der Schule. Allein: Die Dozentinnen ficht auch das nicht an. Hier ist eine Unterrichtsstörung zu sehen und die, bitte schön, wird jetzt mal beurteilt. Dieses Grundmuster wird sich durch die gesamte Fortbildung ziehen: Wir dürfen alles sagen – aber es hat null Einfluss auf den Fortgang.

Hausaufgabe: Hospitation

Im Verlauf der Veranstaltung wird vorgeschlagen, dass die Kollegen an den Schulen sich gegenseitig evaluieren sollten, indem sie sich im Unterricht besuchen und anschließend sich beraten. Wir sollen das schon mal üben. Als Trockenübung im Kurs – kein Problem, das schaffen wir alle ziemlich gut. Aber wir melden auch energisch Bedenken an, diese Idee nun umgehend in den Schulen umzusetzen. Wer 30 Jahre lang hinter verschlossener Tür unterrichtet hat, freut sich doch nicht plötzlich über einen beratenden Kollegen! Die Bedenken werden freundlich gehört (Muster s. oben), aber abends, dieser Ausbildungsabschnitt neigt sich dem Ende, kommt die „Hausaufgabe": Jeder von uns soll nach den Herbstferien eine solche Hospitation mit anschließend durchgeführtem Beratungsgespräch vorstellen. Der Eindruck, ich hätte mich verhört, wird rasch korrigiert: Nein, das erwarte man von uns, schließlich sollen wir üben. Da hilft nur noch eins: Gleich mal ansagen, dass ich diese Aufgabe nicht zu machen gedenke, Einwände seien schon vorgetragen worden. Aber mein Eindruck, gegen eine Wand zu reden, verstärkt sich. Dass in der nächsten Sitzung lediglich eine Teilnehmerin dann ein Ergebnis vortragen kann und ein Teilnehmer Teamteaching für eine Evaluationsmaßnahme hält und damit glaubt aus dem Schneider zu sein, bringt den Plan durcheinander, war doch für die Auswertung unserer Hausaufgabe als erster Teil der Sitzung gut eine Stunde eingeplant. Improvisation ist nicht die Sache eines jeden Fortbildners!

... und noch eine Umfrage

Nun werden stattdessen kleine „Projekte" in Arbeitsgruppen geplant: Umfrage in der Schule: Na ja, wenn ich schon da sitzen muss, kann ich doch die Chance nutzen und mit dem Kollegen von meiner Schule eine für uns halbwegs sinnvolle Umfrage zu erarbeiteten. Das lässt sich in der verbliebenen Zeit erledigen, von der Dozentin sogar schon hinsichtlich der verwendeten Aufgabenformate überprüfen und wird sogar mit einer abschließenden, fast schon lobenden Bemerkung abgesegnet. Na bitte, was geschafft!

Dass wir vier Wochen später in der nächsten Sitzung eben diese Aufgabe erledigen sollen, weil die eine Teilgruppe offensichtlich irgendwas gemacht hat, was aber nicht benannt werden kann, geschweige denn zu einem vorzeigbaren Ergebnis geführt hat, schafft Verwirrung. Aber wer schon fertig ist, darf in der Handreichung vom Senat lesen. Kenne ich schon, mein Kollege auch – wir gehen heute mal früher nach Hause.

Realitätsferne Qualitätsentwickler

Die Teilnehmer werden aufgefordert, zur nächsten Veranstaltung ihre Laptops mitzubringen! Irritation bei einigen: Es hat doch tatsächlich nicht jeder Lehrer einen Laptop! Die Kollegin neben mir gibt sich gar als PC-„Verweigerin“ zu erkennen! Upps, was machen wir denn nun? Schließlich soll eine Excel-Tabelle vorgestellt und erprobt werden, indem wir die Ergebnisse unserer „Projekte“ eingeben und auswerten sollen. Na, mal sehen, was geschieht, denn natürlich ist das Problem zwar benannt, aber eine Lösung wird nicht beraten. Gibt es im OSZ Dudenstraße keinen Computerraum?

Mir stellen sich mittlerweile einige Fragen: Woher kommen die Erfahrungen der Kursleiter über Schule und Unterricht? Welche Bedingungen erfüllen die offensichtlich schulrealitätsfernen Mitarbeiter, um die Qualitätsentwicklung von Schule wissenschaftlich begleiten zu können?

Fazit: Noch drei Veranstaltungen stehen mir bevor. Vielleicht ist mein Lernzuwachs ja so immens wie jüngst, als ich erfuhr, dass das Notieren von Schülern, die ihre Hausaufgaben nicht angefertigt haben, fortan „Dokumentenanalyse“ heißt! „Abschied von gestern – Wege in die Schule von morgen“ – so der Titel einer Broschüre der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport. Was für Aussichten!

Auf verlorenem Posten

Je zwei Evaluationsberater sollen Qualität in die Berliner Schulen bringen.

von Andrea Schlömer, Evaluationsberaterin der Ernst-Litfaß-Schule

Aufgabe von Schule ist es, optimale Lernbedingungen zu sichern, damit nahezu alle SchülerInnen ihre jeweiligen Bildungsziele erreichen. In ihren Schulprogrammen legen die Schulen ihre pädagogischen Ziele, Schwerpunkte und Organisationsformen für Unterricht, Betreuung und Erziehung fest. Ob sie diese Ziele erreichen, dass sollen die Schulen im Rahmen regelmäßiger interner Evaluation prüfen. Eine Reflexion, aus der sich weiteres Handeln ableitet, also ein an sich gut gedachter spiraliger Kreislauf natürlicher Weiterentwicklung und Qualitätssicherung.

Hohes Tempo, schlechte Didaktik

Den 40 SeminarteilnehmerInnen brummt der Schädel. Datensammelwust unserer Verwaltung einerseits und Soziologen-Kauderwelsch der Uni-Wissenschaftler andererseits bilden die inhaltlichen Grundlagen: Wiederholerquote 6,7 %, Abbrecherquote 3,9 %, Unterrichtsversorgung 97,3 %, Teamquote 8 %, Unterrichtsausfall 2,7 %, Vertretungsunterricht 7,2 %, MSA-Standard 59,6 %, Schulschwänzer 6,4 %, Validität, Items, Skalierung...

Die Senatsschulverwaltung bildet in hohem Tempo für jede Schule jeweils zwei „Evaluationsberater“ aus. Diese Fortbildung versucht mit hohem Materialaufwand und schlechter Didaktik eine ganze Studienrichtung in rund 40 Stunden zu vermitteln. Völlig im Detail verhaftet, werden grundlegende Aspekte für Befragungen nur unzureichend vermittelt. Und vor allem: Welche Schlüsse ziehe ich aus den Ergebnissen? Waren die Skalen geeignet? Kann ich überhaupt Aussagen machen? Diese entscheidenden Fragen werden kaum besprochen. Die Durchführung einer Evaluation erfordert einen enormen Aufwand. Soll eine Evaluation für viele gültig sein, ist sie allgemein angelegt und damit eher oberflächlich. Je individueller sie gestaltet wird, desto aufwendiger sind Durchführung, Auswertung und Interpretation. Das ist von KollegInnen, die bereits an vielen anderen Fronten ackern, nicht nebenbei zu erledigen und die EvaluationsberaterInnen stehen dabei auf verlorenem Posten.

Was kommt nach der Evaluation?

Dies ist die entscheidende Frage: Nur wenn man aus den Ergebnissen etwas ableitet, Konsequenzen, welcher Art auch immer, zieht, hat Evaluation einen Sinn! Dann, wenn man sie als Reflexion betrachtet, nur dann ist sie äußerst sinnvoll. Das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen an der HU vertritt die Ansicht, dass die Schulen erst dann endlich wirksame (politische) Forderungen stellen können, wenn sie die realen, meist schlechten Bedingungen abbilden.

Warum ich mitmache? Ich wollte wissen, worum es geht. Erfahren, wie Daten zustande kommen, wie man sie versteht und auslegt. Wissen, ob der alte Spruch: „Ich glaube nur der Statistik, die ich selbst gefälscht habe“, noch gilt. Und ich weiß jetzt: Er gilt noch immer. Und so sollten Schulen auch damit umgehen: Die Evaluation selbst klein halten, die Reflexion des eigenen Handelns jedoch groß und wichtig ins Zentrum ihrer Entwicklung stellen. Das Entscheidende ist nicht die Evaluation selbst, sondern dass, was Schulen und Kollegien daraus für sich weiterentwickeln.

Rütli ist überall!

Die breite Diskussion um die Hauptschule zeigt grundlegende Mängel unseres Bildungssystems auf.

FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Peter Sinram, Pressesprecher der GEW BERLIN

Keine Frage: Die Hauptschule muss weg! Das fordern auch zahlreiche Hauptschul-Rektoren. Rose-Marie Seggelke skizziert im Standpunkt in dieser Ausgabe, wie das aussehen könnte. Zuletzt wurde Ende 2004 nach dem Desaster bei der PISA-Erhebung darüber debattiert. Schon damals rauschte es im Blätterwald, aber passiert ist nichts. Die Berliner SPD hat zwar auf ihrem Parteitag im letzten Jahr einen Antrag verabschiedet, der eine gemeinsame zehnjährige Schule für alle fordert – aber angesichts der Tatsache, dass inzwischen in Berlin fast monatlich für bestehende Gymnasien neue grundständige Züge oder Schnellläuferklassen genehmigt werden, ist da nicht viel zu erwarten. Die heilige Kuh Gymnasium wird wohl bis auf weiteres sämtliche grundlegenden Reformen blockieren. Die Hauptschule wird also nicht so schnell verschwinden. Was tun bis dahin?

Skandalöse Berichterstattung in der Boulevardpresse.

FOTO: IMAGO/CHR. SCHROTH

Stunden runter!

Dass nun nach dem Hilfeschrei der Rütli mehr Personal an die Schule kommen soll, ist gut. Aber mehr Personal ist nur die eine Seite, die andere ist, dass nicht nur an der Hauptschule das Stundendeputat der Lehrkräfte erheblich zu hoch ist. Der Krankenstand an allen Schulen zeigt das deutlich, und die Frühpensionierung der Schulleiterin an der Rütli wird wohl auch darin ihre Ursache haben. Es ist nicht verwunderlich, dass gerade jetzt der Deckel vom Topf fliegt, denn es wurden nicht nur die Stundendeputate erhöht, sondern alle Schulen mit erheblichen zusätzlichen Aufgaben im Gefolge der zahlreichen Reformmaßnahmen überzogen, was zum jetzigen unerträglichen Zustand führte – und beim schwächsten Glied in der Bildungskette zur Explosion.

Evaluiert die Schulverwaltung!

Es erstaunt einen zu lesen, wie das Kollegium der Rütli-Schule zusammengesetzt ist. Obwohl Schulen im sozialen Brennpunkt auch entsprechende Lehrkräfte benötigen, wurden Lehrerinnen und Lehrer von der Schulaufsicht wahllos aus dem Überhang insbesondere der ehemaligen Ost-Bezirke an diese Schule umgesetzt. Diese KollegInnen stellen die Hälfte des Kollegiums. Man muss sich das einmal klarmachen: Die Hälfte des Kollegium hat keine oder wenig Erfahrungen mit Schulen in einem solchen Umfeld. Und so weit bekannt ist, sind die Umgesetzten auch nicht nachträglich fortgebildet worden. Selbstverständlich: Lehrkräfte müssen damit rechnen, dass sie auch mal umgesetzt werden. Aber angesichts der unterschiedlichen Bedingungen der Schulen und der geforderten Schulprogramme muss die Schulaufsicht darauf achten, dass Lehrkräfte möglichst passgenau eingesetzt werden oder so weiterqualifiziert werden, dass sie die neuen Aufgaben auch bewältigen können. Genau das haben Gesamtpersonalrat und PR Neukölln damals von der Verwaltung gefordert: Unterrichtseinsatz der Zwangsumgesetzten nicht mit der vollen Stundenzahl und eine parallel zum Unterricht laufende Qualifizierung für die neuen, völlig ungewohnten Aufgaben. Reaktion: keine. Wer seine Beschäftigten im Stich lässt, darf sich über zahlreich eintreffende Umsetzungsgesuche nicht wundern. Per Zwang über die Ablehnung des Umsetzungsgesuches Lehrkräfte an dieser Schule zu halten ohne jegliche Unterstützung – das macht sowohl die Schule als auch die Lehrkräfte kaputt. Dass außerdem die Schule seit Längerem ohne Schulleitung arbeiten muss, verschärft die Situation noch zusätzlich. Die Schulverwaltung hat hier kläglich versagt und man fragt sich bang, ob sie überhaupt in der Lage ist, bei den anstehenden Reformen Beratungsfunktionen zu übernehmen.

Weg mit dem Maulkorberlass!

Der Brief der Rütli-Schule ist durch dunkle Kanäle an die Öffentlichkeit gekommen. Der Maulkorberlass von Klaus Böger hatte bis dahin gut gewirkt und dazu geführt, dass selbst der Senator nichts mitbekam. Mitverantwortlich ist

aber auch eine Schulverwaltung, der die Einhaltung des Dienstweges wichtiger ist als die Lösung der realen Probleme. Beides zusammen führte dazu, dass Missstände unentdeckt unter der Decke blieben. Das Beispiel der Rütli-Schule hat allerdings auch Mut gemacht. Jetzt melden sich immer mehr Schulen öffentlich zu Wort. Es hat den Anschein, dass der Maulkorberlass nicht mehr ernst genommen wird; das wäre ein weiteres erfreuliches Ergebnis des Briefs des Rütli-Kollegiums Was haben die Schulen auch zu verlieren?

Keine Reform mehr im Alleingang!

Ein winziger konkreter Schritt wird diskutiert: die Möglichkeit der Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen. Sowohl der Senator als auch der zuständige Referent für Hauptschulen, Siegfried Arnz, wollen das wohlwollend prüfen, wenn die beteiligten Kollegien die Zusammenlegung befürworten.

Merkwürdig: Alle vorherigen Reformen – Mittlerer Schulabschluss, Vergleichsarbeiten, Evaluation, Schulprogramm, Inspektion, flexible Schulanfangsphase und und und – wurden von oben dekretiert. Klaus Böger hat vorher nicht das Gespräch mit den KollegInnen gesucht oder deren Sachverstand eingeholt; er hat sich offenbar keine Gedanken darüber gemacht, welche Folgen die Reformen (so sinnvoll sie auch immer sein mögen) für die Arbeitsbelastung und die Motivation derjenigen haben, die sie mit Leben erfüllen müssen. Gegen die Binsenweisheit, dass man seine Beschäftigten mitnehmen muss, war diese Verwaltung bislang immun.

Nun plötzlich entdeckt der Senator diese Binsenweisheit. „Wenn die Kolleginnen und Kollegen das wollen, kann man darüber reden." Ist er über Nacht ein glühender Verfechter demokratischer Verkehrsformen geworden? Wir bezweifeln das. Sollte er allerdings bei allen weiterhin geplanten Reformen den gleichen Weg einschlagen – erst die Gespräche mit den Betroffenen, dann ein gemeinsam erarbeiteter Vorschlag – nehmen wir sofort diesen Vorwurf zurück und danken dem Kollegium der Rütli-Schule dafür, auch hier Bewegung in eine verkrustete Verwaltung gebracht zu haben.

Perspektiven schaffen!

Es könnte alles einfach sein; man muss weder die alten Diskussionen zum x-ten Mal führen noch das Rad neu erfinden. Sogar in Deutschland gibt es Schulen, die ein gemeinsames Lernen für alle von der ersten Klasse an anbieten. Und das Schöne daran ist: Sie funktionieren! Es geht jetzt in Berlin darum, genau diese Diskussion einzufordern: Von erfolgreichen Schulen lernen, Modelle entwickeln, Schulen suchen, die sich auf den Weg der gemeinsamen Erziehung über die sechste Klasse hinaus machen wollen. Jede Reform beginnt unten! Es gibt noch genügend motivierte KollegInnen, die die Flickschusterei satt haben. Noch gibt es sie! Die GEW BERLIN ist jederzeit bereit, sich konstruktiv an dieser Diskussion zu beteiligen und für zukunftsweisende Modelle zu werben.

HAUPTSCHUL-GESCHICHTE(N)

Zusammengestellt von der blz-Redaktion

Ende der siebziger Jahre werden in Berlin (West) flächendeckend Gesamtschulen eingeführt. 1980 besuchen nur noch 15 Prozent eines Jahrgangs die Hauptschule; dieser Prozentsatz nimmt in der Folge weiter ab. Das Wort „Restschule" taucht zum ersten Mal in der Öffentlichkeit auf. Der Anteil an Ausländerkindern ist extrem hoch; Schulsenator Walter Rasch (FDP) weist darauf hin, dass „das entscheidende Problem der Eingliederung ausländischer Jugendlicher in der Öffentlichkeit immer noch nicht in vollem Umfang erkannt worden ist".

Es werden drei Varianten diskutiert: Abschaffung, Umbau zu Ganztagsschulen, Stärkung der bestehenden Hauptschulen. Raschs Nachfolgerin Hanna-Renate Laurien (CDU) entscheidet sich für die dritte Möglichkeit: Die Hauptschulen erhalten zusätzliche Mittel. Die Frequenzen werden von 25 auf 16 bis 18 gesenkt; die Unterrichtsverpflichtung der KollegInnen gesenkt. Die Zahl der Deutschstunden wird um eine erhöht. Diese und andere Programme werden von Lauriens Nachfolgern nicht konsequent weitergeführt.

In diesen Jahren bekommen noch etwa 80 Prozent eines Abschlussjahrgangs eine Lehrstelle. Anfang der 90er bricht die Industrie in Berlin massiv ein; die Zahl der Lehrstellen geht drastisch zurück. Die Arbeitslosigkeit in den Elternhäusern steigt; die Zahl von Zuwanderern ebenfalls. Die Bezirke entmischen sich.

Die Fortschritte innerhalb des Schultyps Hauptschule werden von den Realitäten überholt. Als Folge brechen sämtliche Konflikte auf, die jetzt wieder diskutiert werden. Diskutiert wird jetzt eine „Gabelung" der Hauptschule in einen eher praktischen und einen eher theoretischen Zweig, umgesetzt wird das jedoch nicht.

Etliche Hauptschulen machen sich auf den Weg und versuchen, sich am eigenen Schopf aus der Misere zu ziehen. Hilfe von der Bildungsverwaltung erhalten sie kaum. Einige betreiben aktiv den Weg hin zu einer kombinierten Haupt- und Realschule. Die Hauptschulen kommen in eine verzweifelte Hase-und-Igel-Situation: Was ist schneller – die Zunahme der sozialen Probleme rundum oder die ersten Erfolge der Reformen?

Zwei weitere Faktoren verschärfen das Problem: Über Jahre hinweg ist die Anzahl der Neueinstellungen in Berlin äußerst gering. ReferendarInnen wandern ab; die Kollegien überaltern. Für erhöhten Lehrkräftebedarf kennt die Politik zwei Auswege: Erhöhung der Stundenverpflichtung bzw. Umsetzungen aus dem Ostteil der Stadt.

In der Lehrerausbildung tut sich in Berlin überhaupt nichts. Forderungen auch der GEW nach höherem Praxisanteil, nach Zusammenarbeit von Universität und Schule, nach Stärkung der sozialpädagogischen und psychologischen Kompetenzen angehender HauptschullehrerInnen werden nicht aufgegriffen.

2006 fliegt der Laden auseinander. Ein Kollegium sagt: Es geht nicht mehr. Und: Das neue Schulgesetz eröffnet (wieder) die Möglichkeit der „Gabelung"; diskutiert wird (wieder) der Umbau von Hauptschulen zu Ganztagsschulen; diskutiert wird (wieder) die Kombination von Haupt- und Realschulen. Senator Böger geht den Weg von Laurien: kurzfristige Entlastung, d.h. 50 neue Lehrkräfte an die Hauptschulen, Ausstattung mit Sozialarbeitern.

Ausgewählte Filme in kostenlosen Sondervorstellungen

Wir starten mit einem Film über das Leben von Olga Benario.

von Udo Jeschal, Geschäftsführer der GEW BERLIN

Die GEW BERLIN bietet exklusiv für ihre Mitglieder zukünftig mehrmals im Jahr kostenlose Sondervorstellungen von ausgewählten aktuellen Kinofilmen an – und dies häufig schon vor dem offiziellen Kinostart.

Unsere Mitglieder können dabei über uns Unterrichtsmaterial zu den Filmen beziehen – als Anregung und als Hilfestellung für die Vor- und Nachbereitung im Unterricht. Im Einzelfall können darüber hinaus im Rahmen der Kooperation auch „Specials“ angeboten werden, z.B. Gespräche mit SchauspielerInnen, RegisseurInnen oder Kameramännern und -frauen bei den Vorführungen oder im Anschluss.

Die Auswahl der einzelnen Filme berücksichtigt über das Jahr alle Altersstufen von der Kita über die Grundschule bis hin zur Sekundarstufe II. Am Sonntag, dem 28. Mai 2006 um 12.30 Uhr startet das neue Kooperationsprojekt mit dem Film „Olga“.

EXKLUSIVE SONDERVORSTELLUNG FÜR GEW-MITGLIEDER (GRATIS!)

Am 28. Mai 2006 veranstaltet die GEW BERLIN in Zusammenarbeit mit Constantin Film und UCI Kinowelt eine Vorführung von „Olga“ exklusiv für GEW-Mitglieder. Anmeldung telefonisch unter (030) 21 99 93 0 oder info@gew-berlin.de. Pro Mitglied werden maximal zwei Kinokarten abgegeben, die Platzzahl ist begrenzt! Eine Anmeldung ist unbedingt erforderlich (Gästeliste!).

28. Mai 2006, 12.30 Uhr
Kino UCI Kinowelt, Zoo-Palast,
Hardenbergstr. 29, 10623 Berlin

Der Filminhalt

München, 1925. Olga Benario (*Camila Morgado*), Tochter aus großbürgerlicher Münchner Familie, verlässt mit nur 17 Jahren ihr Elternhaus, um ganz und gar ihren kommunistischen Idealen folgen zu können. Sie geht nach Berlin. In einer tollkühnen Aktion befreit sie den kommunistischen Genossen Otto Braun aus einem Berliner Gefängnis. Gemeinsam fliehen sie nach Moskau, wo Olga eine militärische Ausbildung erhält und eine Laufbahn in der Komintern beginnt. Sie wird mit der Aufgabe betraut, als Ehefrau getarnt, den brasilianischen General Luís Carlos Prestes (*Caco Ciocler*) sicher in dessen Heimat zu geleiten. Von Moskau aus hatte er den Sturz des Diktators Vargas (*Osmar Prado*) vorbereitet. Auf der Überfahrt wird jedoch aus der nüchternen Tarnung leidenschaftliche Realität. Eine Liebe weit über jeden Klassenkampf hinaus. Die Revolte 1935 jedoch scheitert. Durch Verrat landen die beiden in den Folterkellern des Despoten. Dort stellt Olga fest, dass sie von Prestes ein Kind erwartet. Um sich Hitlers Sympathien zu versichern, beschließt Vargas, Olga an das faschistische Deutschland auszuliefern. Für die Halbjüdin Olga das sichere Ende. Noch im Angesicht des Todes beweist Olga in Hitlers Gefängnissen ihre kämpferische Stärke und Liebe, als ihr die im Gefängnis geborene Tochter entrissen wird...

Website zum Film: www.olga.film.de
Kinostart ist der 15. Juni 2006
Unterrichtsmaterial zum Film steht ab dem 1. Juni 2006 für GEW-Mitglieder zur Verfügung, die Materialien können über unsere Website als PDF-Datei abgerufen werden.

FOTO: CONSTANTIN FILM

Constantin Film

HIERGEBLIEBEN!

Für den Fall der Fälle

Vorbereitet sein für drohende Abschiebungen von Kindern und Jugendlichen.

von Monika Rebitzki, Landesausschuss multikulturelle Angelegenheiten

Mit dem Start der auch von der GEW BERLIN unterstützten Bleiberechtskampagne „Hier geblieben“ sind auch gute Unterrichtsmaterialien zum Thema Flucht und Asyl erschienen. Inzwischen hat auch das Xenos-Projekt „Flucht und Asyl“, in dem der BAMA der Bundes-GEW mitarbeitet, Materialien zu diesem Thema erstellt. Was bislang aber fehlt, sind konkrete Hinweise für den Notfall: Was kann ich tun, wenn einem Kind oder einer Jugendlichen in meiner Gruppe die Abschiebung droht?

Wenn in Schulen und anderen Einrichtungen Kinder und Jugendliche unmittelbar von Abschiebung bedroht sind, ist schnelles Handeln wichtig. Das herausnehmbare blz-Extra bietet deshalb eine Art Notfallplan, der aufzeigt, was unternommen werden sollte und welche Kontakte dabei wichtig sind.

Die GEW BERLIN hat sich vor gut einem Jahr der Bleiberechtskampagne „Hier geblieben“ des Flüchtlingsrats Berlin, des Grips-Theaters und von Pro Asyl angeschlossen. Die Kampagne entwickelt sich inzwischen leider zu einer unendlichen Geschichte. Die Innenministerkonferenz schiebt das Problem, auch in Deutschland eine Lösung zu finden, die der UNO-Kinderrechtskonvention entspricht, vor sich her. Das ist bitter für die betroffenen Kinder und Jugendlichen und all jene, die sich wochenlang bemüht haben, das Bleiberecht einer Familien hier zu sichern.

Wer nicht an der eigenen Schule mit dem Problem konfrontiert wird, stößt in der Presse immer wieder auf erschreckende Beispiele.

Die Initiative einer damals 8. Klasse und ihrer Lehrerinnen der Fritz-Karsen-Gesamtschule hat mich und sicher viele GEW-Mitglieder aufgerüttelt. Die Klasse ist 2004 für ihr Engagement für ihre Mitschülerin Tanja mit dem Mete-Ekşi-Preis ausgezeichnet worden, die beiden Lehrerinnen haben 2005 die Carl-von Ossietzky-Medaille erhalten.

Demonstration gegen Abschiebung im Juni 2005. FOTO: TRANSIT/C.V.POLENTZ

Diese Aktion war zwar erfolgreich. Tanja konnte in ihrer Klasse und die Mutter bei ihr bleiben. Aber grundsätzlich hat sich die Praxis seither nicht geändert. Wir hatten große Hoffnung in die Härtefallkommission gesetzt, die seit 2005 gerade diese kritischen „Fälle“ prüft, mit denen LehrerInnen und ErzieherInnen immer wieder konfrontiert werden. Diese Hoffnungen waren zwar nicht unbegründet, aber deren Empfehlungen sind nicht bindend für den Innensenator und er entscheidet immer wieder gegen das Prüfergebnis der Kommission.

Dieses blz-Extra haben wir in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Berlin erstellt, der seit dem Start der Kampagne viele Anrufe von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen erhalten hat, die besorgt waren über die drohende Abschiebung von ihnen bekannten Flüchtlingskindern. So erst vor kurzem die Klasse 8c des Carl-Friedrich-von-Siemens-Gymnasiums, deren Mitschüler Fardin aus Afghanistan von der Abschiebung bedroht ist. In der Praxis muss also weiter in jedem Einzelfall für ein Bleiberecht der betroffenen Flüchtlinge bzw. deren Kinder gestritten werden. Der Flüchtlingsrat unterstützt insbesondere die Vernetzung betroffener Schulen (nach dem französischen Vorbild „Bildung ohne Grenzen“) und steht jederzeit für ein Beratungsgespräch zur Verfügung.

Auch der Landesausschuss multikulturelle Angelegenheiten (LAMA) der GEW bittet alle potenziell betroffenen Schulen darum, eine AnsprechpartnerIn zu benennen und dies dem LAMA mitzuteilen, damit neue und wichtige Informationen schnell und gezielt weitervermittelt werden können.

Der Vorstand der GEW BERLIN hat auch an Bildungssenator Klaus Böger geschrieben und ihn gebeten, sich bei Innensenator Körting dafür einzusetzen, dass er dem Votum der Härtefallkommission folgt.

HIER GEBLIEBEN!

Ein Notfall-Leitfaden zur Verhinderung von Abschiebungen.

Der Leitfaden ist zusammengestellt aus den Infos des Flüchtlingsrats. Die vollständigen und jeweils aktualisierten Handreichungen sind auf der Webseite www.fluechtlingsrat-berlin.de zu finden.

Wann sind SchülerInnen von der Abschiebung bedroht?

AusländerInnen sind vor allem dann von der Abschiebung bedroht, wenn sie nur noch im Besitz einer Duldung sind, das heißt, sie sind vollziehbar ausreisepflichtig, die Abschiebung ist nur ausgesetzt. Akut bedroht sind die SchülerInnen, wenn sie die Duldung noch nicht ein Jahr besitzen oder wenn ihnen eine Grenzübertrittsbescheinigung erteilt wurde. Der Status der Kinder richtet sich in der Regel nach dem der Eltern oder des sorgeberechtigten Elternteils. Von Abschiebung sind in Berlin insbesondere geduldete Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien oder abgelehnte Asylbewerber (z.B. aus der Türkei) bedroht. Es ist sehr wichtig, möglichst frühzeitig auf den Aufenthaltsstatus der SchülerInnen zu achten. Dies gilt insbesondere für nur geduldete SchülerInnen. Über die Eltern kann in Erfahrung gebracht werden, ob die Familie durch einen Rechtsanwalt vertreten wird. Mit diesem sollte man sich gegebenenfalls umgehend in Verbindung setzen.

Was können die Schulen und LehrerInnen tun, um von Abschiebung bedrohte SchülerInnen zu unterstützen?

Es sollte möglichst frühzeitig auf den Aufenthaltsstatus geachtet werden. Das gilt insbesondere für nur geduldete Schüler/innen. Über die Eltern kann in Erfahrung gebracht werden, ob die Familie durch einen Rechtsanwalt vertreten wird. Adressen von Beratungsstellen und Rechtsanwälten sind in einem Adressbuch auf der Homepage des Flüchtlingsrates (www.fluechtlingsrat-berlin.de) zu finden. Über den Flüchtlingsrat sind auch Informationen über die Härtefallkommission zu erhalten, die im Einzelfall bewirken kann, dass eine Abschiebung ausgesetzt wird, und die die Gewährung einer Aufenthaltserlaubnis befürworten kann.

Die Schule oder die Schulklassen können sich auch direkt an den Innensenator wenden, wenn sie gegen eine Abschiebung eines Mitschülers protestieren wollen. Dieser sollte das Vorgehen der Ausländerbehörde überprüfen, die der Senatsverwaltung untergeordnet ist. Eine solche Eingabe kann auch den Parteien im Abgeordnetenhaus zur Kenntnis gegeben werden.

Aktion der Initiative „Hier geblieben“. FOTO: TRANSIT/C.V.POLENTZ

Was kann die Ausländerbehörde zur Durchsetzung der Ausreisepflicht unternehmen?

Für den Zeitraum der Duldung kann die Ausländerbehörde die Abschiebung nur durchführen, wenn sie zuvor die Duldung widerruft. Das geschieht eher selten. Die Abschiebung droht besonders beim Auslaufen der Duldung. Besonderes Augenmerk ist auf die Frist der Duldung zu legen. Eine drohende Abschiebung ist vor allem dann zu befürchten, wenn die Frist von der Ausländerbehörde verkürzt wurde (z.B. auf einen Monat). Die Ausländerbehörde muss die Abschiebung einen Monat vorher ankündigen, wenn die Betroffenen länger als ein Jahr geduldet wurden. Die Ausländerbehörde kann mit Ablauf der Duldung – bei Vorsprache auf der Behörde – die AusländerInnen festnehmen und die Abschiebung durchführen. Minderjährige können dazu aus der Schule geholt werden. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge können ohne Prüfung der Aufnahmebedingungen im Herkunftsland ab dem 16. Lebensjahr abgeschoben werden.

Welche Rechte besitzt die Schulleitung im Fall der vorgesehenen Festnahme von SchülerInnen auf dem Schulgelände?

Die Polizei darf AusländerInnen nur festnehmen, wenn sie einen richterlichen Abschiebebeschlusses – auch für Minderjährige – vorzeigen kann. Kein/e SchülerIn darf ohne diesen Beschluss aus der Schule geholt werden. Das Betreten des Schulgeländes und -gebäudes ist auch gegen den Willen der Schulleitung zulässig. Die Polizei darf

HIERGEBLIEBEN!

gemäß § 36 Abs. 5 des Gesetzes über die allgemeine Sicherheit und Ordnung (ASOG) öffentliche Gebäude auch gegen den Willen des Hausrechtsinhabers betreten, wenn dies zur „Gefahrenabwehr" erforderlich ist. Die Beendigung eines unerlaubten Aufenthaltes durch Abschiebung wird als Gefahrenabwehr definiert. Eine Pflicht, eine/e SchülerIn aus dem Unterricht herauszuholen, besteht jedoch nicht. Auch eine ausländerrechtliche Auskunftspflicht über den Aufenthaltsort eines/r SchülerIn existiert nicht. Die Beantwortung einer solchen Frage erfolgt daher freiwillig.

Falls der Beschluss vorliegt und die Polizei den/die betroffene/n SchülerIn mitnimmt, ist es unbedingt nötig, mit ihm/ihr in Kontakt zu bleiben. Erkundigen Sie sich, in welches Abschiebegefängnis Ihr/e SchülerIn gebracht wird (in Berlin ist dies meistens der Abschiebegewahrsam in Köpenick) und versuchen Sie telefonisch mit dem/der Betroffenen in Kontakt zu bleiben.

Hinweise für den Fall, dass der Innensenator das Ersuchen der Härtefallkommission ablehnt

Zunächst muss berücksichtigt werden, dass die Entscheidungen der Härtefallkommission bzw. des Innensenators nicht justiziabel sind, d.h. keine Rechtsmittel vor Gericht eingelegt werden können. In der Regel wird der Rechtsweg vor Antragstellung bei der Härtefallkommission bereits ausgeschöpft sein.

1. Kontaktaufnahme mit dem zuständigen Mitglied der Härtefallkommission

Das zuständige Mitglied der Härtefallkommission sollte über die Gründe der Ablehnung durch den Innensenator informiert sein. Im Einzelfall kann ein informelles Gespräch mit dem Innensenator zu einer Änderung seiner Entscheidung führen. Dazu sind neue Argumente, z.B. aktuelle Bescheinigungen potentieller Arbeitgeber, hilfreich. Eine Liste mit den Mitgliedern der Härtefallkommission findet sich im entsprechenden Merkblatt auf der Startseite der Homepage des Flüchtlingsrates: www.fluechtlingsrat-berlin.de

2. Gespräch mit der Rechtsanwältin / dem Rechtsanwalt

Im Gespräch mit dem Anwalt kann geklärt werden, ob rechtliche Abschiebungshindernisse (u.a. Krankheit) bestehen, die zuvor nicht Gegenstand eines Asylverfahrens waren. Eine Verlängerung der Duldung kann mit Hinweis auf den nötigen Abschluss der Schule bzw. der Ausbildung (Aufnahme eines Studiums) der Kinder erwirkt werden. Damit wäre aber nicht automatisch ein Abschiebungssschutz für die Eltern gegeben.

3. Kontaktaufnahme mit den zuständigen Abgeordneten der Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus; Antragstellung beim Petitionsausschuss

Die migrationspolitischen Sprecher der Parteien können auf informeller Ebene beim Innensenator eine Änderung seiner Entscheidung erreichen. Dazu müssten sie sich auch auf neue Argumente (s.o. und auf ein engagiertes Umfeld wie Schulen, Freundeskreis, Arbeitgeber) stützen können. Gleiches gilt für die Antragstellung beim Petitionsausschuss (Ansprechpartner/in u.a. Frau Hopfmann/Linkspartei.PDS; Herr Brinsa/CDU). Ein Antrag beim Petitionsausschuss hat nicht zwingend eine Aussetzung der Abschiebung zu Folge.

Öffentlichkeit schaffen

Damit Menschen, die von einer Abschiebung bedroht sind, nicht ohne weiteres mit einem Flugzeug in eine ungewisse Zukunft gebracht werden können, heißt es, eine breite Öffentlichkeit auf den einzelnen Fall aufmerksam zu machen und damit Unterstützung für die Betroffenen zu finden. Dafür gibt es viele Möglichkeiten.

Schulöffentlichkeit

Als erstes müssen natürlich das Kollegium, der Schulleiter und vor allem die Eltern über den Vorfall informiert werden und als UnterstützerInnen der Aktionen gewonnen werden. Gemeinsam können dann weitere Schritte überlegt werden.

Demonstrieren

Für eine gelungene, öffentlichkeitswirksame Demonstration ist es wichtig, einen geeigneten Ort auszusuchen. Dieser sollte möglichst zentral liegen, damit viele Menschen von der Aktion etwas mitbekommen. Plakate und Flugblätter dienen dazu, über den Fall zu informieren und Forderungen an die Politik zu formulieren.

Die SchülerInnen der Fritz-Karsen-Schule haben für ihre Demonstration gegen die Abschiebung ihrer Mitschülerin zum Beispiel das Rathaus Neukölln gewählt, um den Bürgermeister gleich mit ihrem Anliegen zu konfrontieren. Dieser hat nach einiger Zeit dann auch reagiert und eine SchülerInnendelegation zu sich ins Amtszimmer geladen. So wurde ein erster Kontakt zur Politik hergestellt.

Petition schreiben

Das Schreiben einer Petition, ist eine zusätzliche Möglichkeit, um etwas für die Betroffenen zu erreichen. Wichtigste Ansprechpartnerin ist hier Frau Barbara John. Sie war Migrationsbeauftragte des Landes Berlin und hat viel Erfahrung auf diesem Gebiet. Außerdem weiß sie, an wen die Petition gesendet werden muss.

Ideen für Aktionen

Es besteht zusätzlich natürlich immer die Möglichkeit, herauszufinden, welche Aktionen des öffentlichen und kulturellen Lebens Forum für das eigene Anliegen bieten könnten. Als Beispiel sei hier noch einmal die Fritz-Karsen-Schule erwähnt: Der Künstler Misha Bolouri war Initiator der Aktion „1 000 000 Lichterstadt Berlin" und unterstützte die Klasse, indem er den SchülerInnen ermöglichte, das Publikum über ihr Anliegen aufzuklären. Damit wurde erreicht, dass noch mehr Menschen von dem Vorfall in der Fritz-Karsen-Schule erfuhren. Es gibt unendlich viele Möglichkeiten. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Vielleicht bleibt ja auch die Zeit, mit einem Straßentheaterstück auf Ihren Fall aufmerksam zu machen und darüber zu informieren. Oder es finden sich SchülerInnen, die mit einem Konzert in der Fußgängerzone Aufmerksamkeit für den Fall schaffen wollen. Demonstrieren und Protestieren hat viele Gesichter.

Politiker ansprechen

Die Politik ist in diesem Land eigentlich für die Menschen da und sollte nicht gegen sie angewendet werden. Bei der gängigen Abschiebepraxis aber fällt es schwer, daran zu glauben. Und doch sind hier die wichtigsten AnsprechpartnerInnen PolitikerInnen. Manche fühlen sich verpflichtet, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um Menschen einen gesicherten Aufenthalt zu gewährleisten. Andere berufen sich auf Paragraphen und Beschlüsse, die alle nur das eine sagen: Flüchtling ist man nur auf Zeit. Dennoch ist es von großer Wichtigkeit, beide Seiten um Hilfe zu bitten.

Rechtsanwalt oder Rechtsanwältin der Betroffenen benachrichtigen

Im Falle einer Abschiebung ist es sehr wichtig, den/die RechtsanwältIn der Betroffenen zu benachrichtigen, um abzu-

FLUCHT UND ASYL: EIN THEMA FÜR SCHULEN

Ein Handbuch für den Unterricht in der Grundstufe.

Das Handbuch möchte LehrerInnen der Grundstufe Mut machen, sich mit dem schwierigen und komplexen Thema Flucht und Asyl zu befassen, um es altersgerecht im Unterricht zu behandeln. Das Wissen um die rechtliche und soziale Lage von Flüchtlingen kann Vorurteile abbauen und für die oft schwierige Lebenssituation von Flüchtlingen sensibilisieren. Das Handbuch umfasst einen ausführlichen Teil mit Hintergrundinformationen über Flucht weltweit, Flüchtlingsschutz, das deutsche Asylwesen sowie einen Blick in die deutsche Geschichte. Dazu werden Anregungen und Kopiervorlagen zur altersgerechten Umsetzung dieser Themen im Unterricht vorgestellt. Besondere Beachtung gilt der Situation von Flüchtlingskindern an unseren Schulen. Das Handbuch bietet Hinweise und Kontakte, wie und wo Lehrkräfte Unterstützung erhalten, wenn sie mit Problemen von Flüchtlingskindern in ihren Klassen konfrontiert werden. Im Speziellen, wenn Kinder von Abschiebung bedroht sind.

Das Handbuch für die Grundstufe ist erhältlich ab Mai 2006. Ein weiteres Handbuch für die Sekundarstufe erscheint im September 2006. Kontakt: Sanem Kleff (Projektleitung), Swantje Tuch (Pädagogische Mitarbeiterin) über GEW Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin, Tel.: 030/21 45 86-17,Fax: 030/21 45 86-20, e-mail: fluchtundasyl@gew.de

Das Handbuch wird erstellt in der Trägerschaft des Hauptvorstands der GEW in Kooperation mit Bildungs- und Förderungswerk der GEW, Deutsches Rotes Kreuz, Deutscher Caritasverband, Pro Asyl, terre des hommes Deutschland e.V., UNO-Flüchtlingshilfe e.V. und wird gefördert im Rahmen des XENOS-Programms „Leben und Arbeiten in Vielfalt“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den Europäischen Sozialfonds.

Seminarhinweis: Am 7. Juni 2006 wird im GEW-Haus von 17 bis 20 Uhr das Handbuch vorgestellt. [061-S-24] Anmeldung: Geschäftsstelle der GEW Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin, info@gew-berlin.de, Tel.: 030/21 99 93 0, Fax 030/21 99 93 50. Offen auch für Nichtmitglieder.

klären, ob und welche rechtlichen Möglichkeiten noch auszuschöpfen sind, damit eine Abschiebung verhindert werden kann.

Eine dieser juristischen Möglichkeiten ist es, einen Antrag auf einstweilige Anordnung auf Aussetzung der Abschiebung und Verbleib nach § 940 ZPO zu stellen. Ist eine suizidale Gefährdung gegeben, dann ist hierfür eine Überprüfung nötig. Für den Nachweis einer suizidalen Gefährdung bei der Durchführung der Abschiebung eines/r Betroffenen ist es nötig, ein psychologisches Gutachten vorzulegen. Um eine/n Therapeuten/in zu finden, die ein solches Gutachten erstellt, kann es sehr hilfreich sein, sich mit dem Schulpsychologischen Dienst zu beraten. Natürlich kann ein solcher Antrag nur gestellt werden, wenn nicht vorher schon ein Antrag abgelehnt wurde. Falls der/die AnwältIn des/der Betroffenen nicht erreichbar ist oder sich als wenig kooperativ erweist, kann der Flüchtlingsrat dabei helfen, eine/n neue/n AnwältIn zu finden.

Rat und Hilfe suchen – Hinweise und Adressen

Webseite der Bleiberechtskampagne „Hier geblieben“

Hier gibt es aktuelle Informationen und Materialien zu allen Fragen des Bleibebrechts und der Abschiebung: www.hier.geblieben.net

Berliner Flüchtlingsrat e.V.

Im Flüchtlingsrat arbeiten seit 1981 Organisationen, Beratungsstellen, Flüchtlingsselbsthilfegruppen, Initiativen und Einzelpersonen. Es ist die „Erste Adresse“ für Asylsuchende, Beratung und Unterstützung bei drohender Abschiebung, Information zur Härtefallkommission: Georgenkirchstr. 69/70 10249 Berlin Telefon: 030 – 243 44 57 62 Fax: 030 – 243 44 57 63 Email: buero@fluechtlingsrat-berlin.de Mehr Infos unter www.fluechtlingsrat-berlin.de

Pro Asyl

Im September 1986 trafen sich MitarbeiterInnen von Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Menschenrechtsorganisationen sowie engagierte Privatpersonen, um die Idee einer Organisation zu verwirklichen, die verfolgten Menschen effektiv hilft und sie schützt: PRO ASYL. Die Initiative gibt Hilfe und Beratung für Flüchtlinge und Informationen zum Thema Abschiebung: Postfach 160 624 60069 Frankfurt/M. Telefon: (+49) 069 – 23 06 88 Mo-Fr: 10.00-12.00 und 14.00-16.00 Fax: (+49) 069 – 23 06 50 E-mail: proasyl@proasyl.de Mehr Infos unter: www.proasyl.de

Migrationsbeauftragter des Landes Berlin, Günter Piening

Günter Piening setzt sich dafür ein, dass langjährig Geduldeten ein Aufenthaltstitel gewährt wird, der ihren Status hier in Deutschland sichert. Treten Sie offiziell an ihn heran und bitten Sie ihn um Unterstützung. Auch jeder einzelne Bezirk hat eine/n Migrationsbeauftragte/n, die als AnsprechpartnerInnen in der Politik wichtig sind. Büro des Beauftragten des Senats von Berlin für Integration und Migration, Herr Günter Piening, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Tel.: 9017 – 2351 Fax.: 262 54 07 u. 9017 – 2320 Sekretariat: Frau Jahn / Frau Kaddoura Tel.: 90 17 – 23 51/ 63/64 Büroleitung: Frau Blümel Tel.: 90 17 -23 23. Mehr Infos unter www.berlin.de/sengessozv/auslaender/ansprech.html

Innensenator Dr. Ehrhart Körting

Der Innensenator ist für das Vorgehen der Ausländerbehörde zuständig. Dr. Ehrhart Körting entscheidet letztendlich über die Anerkennung der sog. Härtefälle auch entgegen dem Votum der Härtfallkommission. Dr. Körting befürwortet laut eigener Aussage eine Bleiberechtsregelung für langjährig hier lebende geduldete Flüchtlingsfamilien. Er sollte beim Wort genommen werden.

Büro des Senators für Inneres Berlin Dr. Ehrhart Körting, Klosterstraße 47 10179 Berlin Telefon: + 49 30 9027-2708 Telefax: + 49 30 9027-2715 e-mail: senator@seninn.verwalt-berlin.de

Mehr Infos unter www.berlin.de/seninn/leitung/sen.html

Barbara John

Barbara John ist die ehemalige Integrationsbeauftragte von Berlin und kann aufgrund ihrer Erfahrungen und Kontakte unterstützen und beraten. Barbara John, Koordinatorin für Sprachförderung, Beuthestr. 6 – 8, 10117 Berlin, Tel.: 030/9026 5604, Email: barbara.john@senbjs.verwalt-berlin.de

ANZEIGE

NACH EINER WAHREN BEGEBENHEIT

DAS GEHEIMNIS DER FREIHEIT
IST DAS LEBEN.

DAS GEHEIMNIS DES LEBENS
IST DIE LIEBE.

OLGA

AB 15. JUNI IM KINO!

Weitere Informationen zum Film unter: www.olga.film.de

Constantin Film

Hinsehen und Handeln

Für die Berliner Schulen sind Krisen- und Notfallpläne erstellt worden.

von Manfred Triebe und Klaus Will

200 Übergriffe gegen Lehrer im Jahre 2005“ meldete die *Berliner Morgenpost* im März. Die Zahlen ergeben sich aus der Senatsstatistik zur Gewalt an Berliner Schulen. Von den 200 Vorfällen stellten sich 85 als Bedrohung dar, in 68 Fällen wurden Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung eingeleitet, in 19 Fällen benutzten die Täter Waffen. Wenn man berücksichtigt, dass es immer noch Schulen gibt, die die Meldung von Gewaltvorfällen als rufschädigend betrachten, wird man von einer noch höheren Zahl ausgehen müssen.

Schon im April 2003 hatte die Senatsbildungsverwaltung mit dem Rundschreiben Nr. 41 „Hinsehen und Handeln“ auf Gewalttendenzen unter Jugendlichen reagiert und im Rundschreiben sowohl präventive Maßnahmen vorgeschlagen als auch auf aktuell einzuleitende Schritte bei Gewaltvorfällen sowie auf die erforderliche Nachsorge hingewiesen. Der im November 2005 an die Schulleitungen verteilte Ordner „Notfallpläne für die Berliner Schule“ knüpft an dieses Rundschreiben an.

Die von Berliner SchulpsychologInnen erstellte Handreichung ist unterteilt in die drei Gefährdungsstufen III bis I, die jeweils farblich hervorgehoben sind: Rot für den höchsten Gefährdungsgrad (Amoklauf, Schusswaffengebrauch, Brandfall...), Gelb für den zweiten Gefährdungsgrad (Morddrohung, Körperverletzung, sexuelle Übergriffe...) und Grün für Gefährdungsgrad I (Schlägerei, Sachbeschädigung, Beleidigung von Lehrkräften...). Systematisch und durchweg handlungsorientiert werden die einzelnen Schritte (5-Stufenplan) vom Eingreifen und Hilfe holen, über Informationsnotwendigkeiten bis hin zur Nachsorge knapp und präzise aufgelistet und mit Handlungshilfen versehen (z.B. Vorformulierungen von Ansagetexten). Im Anhang ist das schon erwähnte Rundschreiben abgedruckt. Außerdem finden sich dort Gesetzesgrundlagen für häufige Straftatbestände und weitere Empfehlungen und Hinweise, darunter auch Musterbriefe für die Informierung der Schulangehörigen und der Öffentlichkeit sowie ein Blatt mit den Notfallrufnummern.

Gesamt- und Schulkonferenzen müssen mit den Notfallplänen vertraut gemacht werden. FOTO: BLEIFREI

Über den Inhalt und die Struktur der Notfallpläne müssen die Schulleitungen die Gesamt- und Schulkonferenzen informieren und vertraut machen. „Die Auseinandersetzung mit den Notfall- und Krisenplänen gehört so wie der regelmäßige Feueralarm zu dem für jede Schule zu entwickelnden Sicherheitskonzept, das in das Schulprogramm aufzunehmen ist“, schreibt die Referentin für Gewaltprävention, Bettina Schubert, in ihrer Einleitung.

Es irritiert vor diesem Hintergrund, dass die „Notfallpläne“ vielen Kollegien bisher noch nicht bekannt sind. In einem aktuellen Fall eines Angriffs gegen einen Lehrer wurde erst bei der Beratung des betroffenen Kollegiums durch den zuständigen Personalrat die Existenz dieser Handreichung bekannt.

Die Handreichung ist eine rundum hilfreiche und didaktisch geschickte Publikation der Senatsbildungsverwaltung, die hoffentlich auch so stark verbreitet wird, wie das angestrebt ist. Hilfreich wäre noch eine übergreifende Checkliste mit vorbereitenden Maßnahmen, z.B. Aushänge im Lehrerzimmer, die eine schnelle Reaktion auch sicherstellen, wenn die Schulleitung nicht greifbar ist: Wo befinden sich die Lagepläne des Schulgebäudes? Wer ist der nächste sachkundige Lehrer? Wer gehört zum Krisenteam der Schule? Soll die Telefonliste ins Lehrerzimmer?

Entscheidend für die Wirksamkeit der Notfallpläne ist ihre feste Verankerung im Bewusstsein der Kollegien und die Zuversicht, dass man in Krisenfällen nicht alleine gelassen wird. Die Schulpsychologen für Gewaltprävention und Krisenintervention sind verlässliche Ansprechpartner für Gewaltvorfälle in Schulen, auch bei Übergriffen gegen LehrerInnen.

Aus aktuellen Anlässen gibt es inzwischen eine Ergänzung der Notfallpläne zum Thema Gewalt darstellende Medien („Happy Slapping“ und Snuff-Movies„). Die Ergänzung ist nach demselben System aufgebaut und soll in den Notfallordner eingefügt werden.

Alltagsaufgaben gemeinsam lösen

Auf dem Berliner Forum der Ganztagsgrundschulen blieben wichtige Fragen unbeantwortet.

von Ulla Widmer-Rockstroh, Grundschullehrerin

Im März 2006 wurde in Berlin das 1. Forum für Berliner Ganztagsgrundschulen durchgeführt. Veranstaltet wurde es von der deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Berlin. Eingeladen waren Lehrkräfte, ErzieherInnen, SchülerInnen, Eltern und außerschulische Partner. Ziel und Sinn der Tagung waren der Erfahrungsaustausch, das Anbahnen neuer Arbeitsbeziehungen und die „Erweiterung der Horizonte". Zehn ausgewählte Berliner Grundschulen präsentierten in kleinen Foren einen Ausschnitt ihrer Schulpraxis zu Gesundheit und Stressabbau durch Bewegung, Verknüpfung von Unterricht und Freizeit, Kooperation mit externen Partnern, Veränderung von Lernräumen, Kooperationen von Pädagoginnen und Pädagogen, Lernwerkstattarbeit, die Förderung von Kindern mit unterschiedlichen Begabungen und Benachteiligungen, Leistungsbewertung und Partizipation von Eltern und Kindern und Rhythmisierung in der Offenen Ganztagsgrundschule. Experten aus Wissenschaft und Praxis sollten als Gesprächspartner zur Verfügung stehen.

Schon auf den ersten Blick wunderte man sich, dass so undifferenziert von „Ganztagsgrundschulen" gesprochen wird. Kurzinformation: Nur ganz wenige der 407 Berliner Grundschulen sind tatsächlich „Ganztagsgrundschulen" – Schulen, in die alle Kinder von morgens bis nachmittags (mindestens 16 Uhr) gehen, dort zusammen lernen, spielen, ausruhen, essen und also einen neu rhythmisierten Tag erleben können. Diese heißen „gebundene Ganztagsgrundschule". Einige weitere Grundschulen haben „teilgebundene Züge" neben dem üblichen Halbtagsbetrieb. Also kann man noch keineswegs von 64 gebundenen Ganztagsgrundschulen in Berlin sprechen, wie das die Senatsverwaltung als Aushängeschild gerne tut. Die übrigen 343 Grundschulen dürfen nur einen „Offenen Ganztagsbetrieb" anbieten, d.h. nur Kinder, deren Eltern einen dringenden Bedarf nachweisen können, dürfen nach dem Schulvormittag bis 16.00 oder 18.00 Uhr in der Schule bleiben und können ein Mittagessen erhalten (wenn die Eltern dies extra bezahlen). Verlässlich soll der Schulvormittag inzwischen zwar bis ca. 13.30 Uhr sein – immerhin, aber dann ist Schluss!

Was gut war an der Tagung

• Dass überhaupt eine Tagung zu diesem Themenfeld stattfand! Das Gebiet Ganztagsgrundschulen – gebunden, teilgebunden und offen – ist so neu, kompliziert und dornenreich, dass die Hoffnung groß war, viele konkrete und weiterführende Ideen, Unterstützungsleistungen und Lösungsangebote zu erhalten. Wohl deshalb waren auch auffallend viele SchulleiterInnen da, die Rat für die real vorhandenen Probleme ihrer Schulbaustellen suchten – dagegen erstaunlich wenig LehrerInnen und ErzieherInnen. Haben sie überhaupt breit von der Tagung gewusst?

• Das Ambiente im Hotel Estrel – weltläufig und prächtig! Herr Böger hat Recht: (Grund-) Schultagungen müssen nicht immer in Schulen stattfinden. Das könnte popelig wirken.

• Die Einzelforen der zehn präsentierenden Grundschulen waren durch diese gut vorbereitet und gaben abwechslungsreiche Eindrücke von lebendiger Grundschulpraxis – die an anderen Stellen gern wieder pauschal verteufelt wird. Allerdings führten die an diese Inputs anschließenden Gesprächsrunden eher nur zu recht schlichtem und unverbindlichem Frage-Antwort-Austausch statt zu kritischer Diskussion und handfesten Modellen oder Perspektiven.

• Herr Böger hielt nicht nur eine launige Abschlussrede, sondern nahm auch – gemeinsam mit einem großen Teil von

ANZEIGE

Zeugniserstellung leicht gemacht!

GEW-Zeugnisprogramm

Das neue GEW-Zeugnisprogramm nimmt Ihnen die lästige Schreibarbeit ab. Sie geben nur noch die Daten ein, die Zeugnisse druckt Ihnen Ihr Computer. Neben der reinen Zeugniserstellung stellt Ihnen unser neues Programm zahlreiche zusätzliche Funktionen wie Noten- und Klassenlisten, Fehlzeitenübersichten, Prognoseberechnungen für die Gesamtschule usw. zur Erleichterung ihrer täglichen Arbeit zur Verfügung.

Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen, um es ausgiebig auszuprobieren. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter

www.gew-berlin.de/zeugnis.htm

Preise

Für GEW-Mitglieder gelten folgende Sonderpreise:

	Online	CD
Grundschule	17,-	25,-
Gesamtschule (Sek.I)	27,-	34,-
Hauptschule	17,-	25,-
Realschule	17,-	25,-
Gymnasium (Sek. I)	17,-	25,-
Gymnasiale Oberstufe	10,-	18,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es jetzt auch Schulversionen, Informationen dazu unter www./gew-Berlin.de/4681.htm.

Die Freischaltung bzw. die Zusendung erfolgt nach Eingang der Zahlung. Updates werden kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr im Internet bereitgestellt. Innerhalb eines Jahres nach Erwerb sind alle Updates kostenlos.

Bestellschein: bitte umblättern

ANZEIGE

Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnis-programm:

GEW-Zeugnisprogramm

.....
(Name)

.....
(Vorname)

.....
(Straße / Hausnummer)

.....
(PLZ, Ort)

.....
(E-Mail)

☐ GEW-Mitglied: .....
(Mitgliedsnummer)

☐ „Alt-Kunde" (Zenk-Programm)

☐ CD-Version

☐ Online-Version

.....
(Schulart)

.....
Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden („E.Muster", „Erika Muster" oder „Muster"...)?

Den Betrag von Euro ..... habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00 bei der SEB-Bank Berlin (BLZ: 100 101 11) überwiesen.

.....
Ort/Datum

.....
Unterschrift

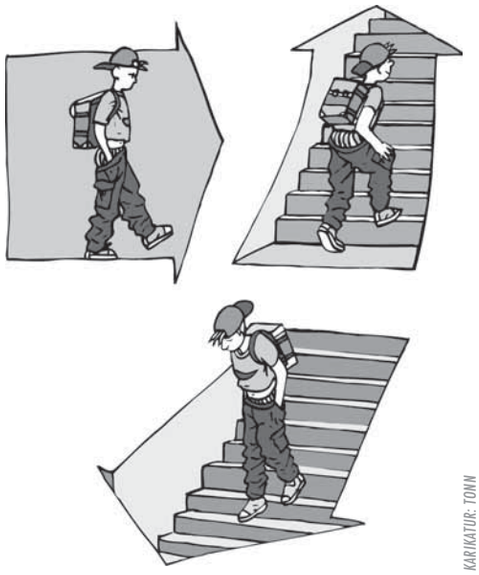
MitarbeiterInnen der Senatsbildungsverwaltung – am ganzen Kongress teil. So ernst wird das Thema also genommen. Das hätten wir uns in den vergangenen Jahrzehnten unseres Engagements für Veränderungen und Reformen in der (Grund-)Schule gewünscht!

Was leider nicht gut war

• Von einem so groß und aufwendig angelegten Kongress erwarte ich eine saubere Klärung der Begriffe und Realitäten: Was ist eine Ganztagsgrundschule, was haben wir bisher davon in Berlin realisiert. Ebenso ist natürlich eine klare bildungspolitische Perspektive und die Reflexion der Ressourcenlage zu erwarten. Wenn der einzige Hauptredner aus dem Ausland (Schweiz) eingeflogen wird, erwartet man in diesem Sinne Modellbeispiele, zukunftsweisende Orientierungen und nicht Erzählungen, zu denen man nur denken konnte: Was ist das Besondere? Das alles aber wollten die Veranstalter laut Tagungsflyer wohl gar nicht anbieten. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es auf dieser Tagung um die schöne Atmosphäre und befriedende Worte ging, gipfelnd in dem überstrapazierten und in sich ziellosen Satz: Wir sind auf einem guten Weg. Die in einigen Foren benannten „Schlaglöcher" und Forderungen nach notwendigen Ressourcen wurden zum Teil wegmoderiert und die Forderungen erschienen in den Forenprotokollen nur noch als freundlicher Wunsch. Ich bin auf die Dokumentation der Tagung gespannt.

• Viele Angebote der Tagung hatten mit „ganztägigem Lernen" überhaupt nicht speziell zu tun. Formen der Leistungsbewertung und Partizipation von Kindern und Eltern ist ein Grundthema von Schule; es wurde sehr beeindruckend von der präsentierenden Schule systematisiert, aber es ist kein Ausdruck ganztägigen Lernens. Ebenfalls ist die vorgestellte „Leserolle" eine ganztagsunabhängige deutsch-didaktische Idee. Die Kurzfilmportraits der 10 präsentierenden Schulen zeigten miteinander lernende, spielende, turnende Kinder, wie sie problemlos in jeder nicht-ganztägigen Schule zu finden sind.

• Spezifische neue Anforderungen in einer ganztägigen Schule beziehen sich auf die Rhythmisierung des ganzen Tages, also die Verzahnung von Unterricht und Freizeit und die Kooperation von Lehrer/innen und Erzieher/innen. Im Forum „Rhythmisierung in der offenen Ganztagsgrundschule" wurde zwar ein verändertes Zeitmodell mit verlängerten, verschobenen Pausen für den Schulvormittag dargestellt, aber die Frage einer Teilnehmerin, was denn nun ein auch „inhaltliches" Rhythmisierungsmodell sei, blieb unbeantwortet; auch von den anwesenden Wissenschaftlern und Senatsvertretern. Offen blieb auch, ob an einem Schulvormittag



KARIKATUR: TOM W

in der „offenen" Grundschule die Verzahnung von Lern- und Freizeitangeboten zeitlich überhaupt möglich ist und wie – ohne eine Veränderung der Arbeitszeitmodelle und für Kooperation ausgewiesene Stunden – LehrerInnen und ErzieherInnen zusammenarbeiten können. Die Zusammenfassungen der Art, dass jede Schule ihren Weg finden müsse, wird viele ermutigt haben.

• Der Senator griff in seinem Schlussvortrag die vielen realen Probleme und offenen Fragen nicht auf. Die grundlegende Frage: Wie und warum nützt unseren Kindern der „ganze Tag" in der Schule stand nicht im Mittelpunkt; deshalb auch nicht Visionen für die Perspektive einer wirklichen Ganztagsgrundschule und ein Realisierungsplan.

Fazit

Wenn man, um das Bild des Tagungsflyers aufzugreifen, eine gute Suppe kochen will, dann muss man auch gute Zutaten erhalten und verwenden können.

Mut zum Unmut

Auch Lehrkräfte haben ein Recht auf eine gesunde Schule.

von Holger Dehring, Leiter des Referates Angestellten- und Beamtenrecht

Unter der Überschrift „Der Rektor als Hausmeister“ berichtete die *Berliner Zeitung* am 22. März von einer Protestveranstaltung Berliner SchulleiterInnen. Dort hatten SchulleiterInnen unter anderem auf die fehlende Ausstattung mit Sekretärinnen und Hausmeistern hingewiesen und eine spürbare Entlastung von der Unterrichtstätigkeit gefordert. Auch in der GEW BERLIN hat sich inzwischen wieder eine Vereinigung von SchulleiterInnen gebildet, um sich gegen die immer größer werdende Arbeitsbelastung zu wehren. Und was machen wir einfachen Lehrkräfte? Hat uns der Mut verlassen, um unsere berechtigten Forderungen in die Öffentlichkeit zu tragen? Haben sich alle zurückgezogen in irgendwelche Nischen?

Im GEW-Bezirk Tempelhof/Schöneberg wurde eine Umfrage zur Arbeitsbelastung von Lehrkräften durchgeführt. Die nachfolgenden Aussagen stammen aus dieser Befragung.

„Ich arbeite gerne und viel, weiß aber nicht, wie lange ich diese massive Belastung noch durchhalten kann.“

„Theorie und Praxis klaffen weit auseinander. Veränderungen sind nicht aus pädagogischen, sondern aus finanziellen Überlegungen erfolgt, das jedenfalls ist mein Eindruck.“

„Es hilft nichts, wenn Kinder getestet werden und ihnen danach nicht geholfen wird!“

„Schade, dass vorhandene Energien nicht in pädagogischer Arbeit enden, sondern in bürokratischer!“

„Bei der Schulreform ist von den wirklich entscheidenden Dingen keine Rede. Dazu hätten gehört: Eltern stärker in die Pflicht nehmen; Klassenfrequenzen drastisch senken bzw. kurzfristig mehr Teilungsstunden einführen; Senkung der Pflichtstunden der Lehrer; usw. Die letzten 30 Jahre Schulreformen und Schulversuche waren trotz anderer Verlautbarungen offensichtlich nicht erfolgreich. Das zeigt, dass schulische Strukturen verändert werden müssen, weil sonst jede Reform im Sande verlaufen wird.“

„Die Lehren aus PISA werden vor allem formalistisch gezogen, statt z.B. die Klassen kleiner zu machen oder das Stundendeputat zu senken.“

„Sehr gerne würde ich mich häufiger fortbilden, leider liegen die Angebote fast nur noch an Wochenenden oder spät am Nachmittag, so dass ich dann auf eine – dringend notwendige – Regenerationsphase verzichten müsste. Das kann ich in meinem Alter nicht mehr!“

Die Schulreform wird auf Kosten der Gesundheit der Lehrer durchgeführt.

„Die Schulreform wird auf Kosten der Gesundheit der Lehrer durchgeführt. Der organisatorische Vorlauf für die Schulreform (neue Rahmenpläne) ist zu kurz, unzureichende Fortbildungsangebote. Ich fühle mich im Stich gelassen!“

„Ich habe 380 Schüler!“

„Meine Wahrnehmung von Schulwirklichkeit (29 Jahre Schuldienst) deckt sich in keiner Weise mit der des Schulsenators oder des *Tagesspiegels*!“

„Unterstützung kommt vom Kollegium und von der Schulleitung, nicht vom Senat.“

Die Vorstellungen für eine konkrete Umsetzung von arbeitsentlastenden Maßnahmen sind unterschiedlich. Eines ist jedoch klar. Ohne gemeinsames Handeln werden wir nichts erreichen. Deshalb führt die GEW Berlin in den kommenden Wochen in allen Bezirken Foren, Gesprächsrunden und Mitgliederversammlungen zu diesem Thema durch.

Die Zeit ist günstig: Lasst uns gegenüber den politisch Verantwortlichen unsere Forderungen nach Arbeitsentlastung benennen! Nutzen wir die Vorwahlzeit zur aktiven Auseinandersetzung mit der aktuellen Situation! Auch Lehrkräfte haben ein Recht auf eine gesunde Schule.

EINE SCHULE FÜR ALLE!

Lange bevor die Ergebnisse der internationalen Pisa-Studie 2003 die zuständigen deutschen Kultur- und Bildungspolitiker vorübergehend aufschreckten, stellte die GEW auf ihrem Gewerkschaftstag 2001 in Lübeck erste „Schulpolitische Positionen“ zur Diskussion, in denen der „Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule als ein integratives Konzept“ dargestellt wurde. Die Weiterentwicklung der Positionen führte dann zum Beschluss des GEW-Hauptvorstandes „Eine Schule für alle – Eckpunkte und Leitlinien zur Umsetzung“. Die GEW stellt hier das gegliederte Schulsystem grundlegend in Frage und stellt u. a. fest:

- Eine Schule für alle ist eine Schule der Vielfalt und Kooperation, keine nivellierende Einheitsschule
- Die jungen Menschen werden nicht bereits im Grundschulalter nach drei wissenschaftlich unhaltbaren Begabungstypen oder nach beruflicher Verwertungsaussicht sortiert.
- Eine Schule für alle ist weitgehend barrierefrei. Selektionsentscheidungen fallen nur noch am Ende der Sekundarstufe I.
- In der einen Schule für alle sind alle jungen Menschen willkommen. Niemand wird ausgesondert.
- Alle Jungen und Mädchen werden in ihrer Individualität wert geschätzt, individuell gefördert und herausgefordert, alle ihre Potenziale zu entwickeln.
- Unterrichten im Gleichschritt und „Gleichmacherei auf mittlerem Niveau“ wie im traditionellen Schulwesen werden überwunden.
- Das Bildungswesen in seiner derzeitigen Ausprägung muss verändert werden. Ein Systemwechsel wird nötig, aber das Schulwesen der Zukunft soll aus den bestehenden Schulen entwickelt werden.

Es ist noch ein langer Diskussionsprozess nötig, fest sitzende Denkstrukturen aufzubrechen. Eine Arbeitsgruppe, die sich nach der letzten Herbst-LDV gebildet hat, will dies vorantreiben und stärker als bisher auch die Fachgruppen und Bezirke in die Diskussion einbeziehen. Unter dem in Finnland geprägten Motto „Keinen zurücklassen! Alle mitnehmen!“ sollen in den kommenden Monaten mehrere Veranstaltungen stattfinden, die unsere bildungspolitischen Ziele und die damit verbundene Forderungen an die Berliner Politik vorstellen.

H. Jürgen Rausch, Referatsleiter Bildungspolitik

Lehrerinnenzentriert und klar strukturiert

Untersuchungsergebnisse über Schriftspracherwerb bei Kindern mit Migrationshintergrund.

FOTO: PRIVAT

von Hans Merkens, Erziehungswissenschaftler an der FU Berlin

Gegenwärtig wird in Berlin im Auftrag der Senatsverwaltung ein Projekt mit dem Ziel durchgeführt, Erfolge, Probleme und Schwierigkeiten beim Schriftspracherwerb von Kindern mit Migrationshintergrund zu untersuchen. Das Projekt ist als Längsschnittstudie angelegt. Es wurde in der ersten Klasse gestartet. Die Kinder besuchen nunmehr die 4. Klasse. Jedes halbe Jahr werden die Leistungen der Kinder mit Tests geprüft. Die beteiligten Lehrkräfte haben in den ersten drei Jahren an Befragungen zu ihrer Unterrichtsstrategie, -methode und zur Organisation des Unterrichts teilgenommen. Im Folgenden sollen einige wichtige Ergebnisse des Projekts kurz vorgestellt werden.

Das Projekt wurde in 59 Klassen mit etwas mehr als etwa 1200 Schülerinnen und Schülern begonnen. Bedingung für die Aufnahme in die Stichprobe war, dass der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund etwa ein Drittel oder höher war. So sind auch einige Klassen dabei, in denen ausschließlich Kinder mit Migrationshintergrund unterrichtet werden. Inzwischen ist die Stichprobengröße annähernd gleich geblieben, aber auf der Schülerebene hat ein Wechsel von mehr als 300 Schülern stattgefunden. Dabei ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund etwa konstant geblieben, d.h. es lässt sich kein systematischer Wegzug deutscher Eltern bzw. Kinder in der Stichprobe beobachten. Wir werden der Frage noch nachgehen, wieweit es sich hierbei um Sitzenbleiber oder um Schulwechsler handelt. Die Leistungen der Kinder wurden in Deutsch und Mathematik erfasst. Außerdem wurde die kognitive Leistungsfähigkeit der Kinder gemessen.

Nunmehr im 4. Jahr lassen sich einige der wichtigsten Ergebnisse folgendermaßen bilanzieren:

1. Kinder mit Migrationshintergrund schneiden bei allen Tests im Berichtszeitraum jeweils etwas schlechter ab als deutsche Kinder.

2. Alle Kinder haben im Berichtszeitraum in der Schule gelernt, d.h. ihr Wissen sowohl in Deutsch als auch in Mathematik systematisch erweitert. Gleichwohl lassen sich Differenzen beobachten, die teils auf personale Ressourcen zurückzuführen sind, teils aber auch Kompositionseffekte der Klassen einschließen.

3. Personale Ressourcen

a. Die kognitive Leistungsfähigkeit, die wir nach einem halben Jahr gemessen haben, ist ein guter Vorhersager für Leistungen in Deutsch – hier vor allem beim Sprachverständnis – und Mathematik.

b. Die nach einem Vierteljahr Grundschulbesuch von den Lehrkräften eingeschätzte Sprachkompetenz in Deutsch ist ebenfalls ein guter Prädiktor für die Leistungen im Sprachverständnis in der Klasse 4.

4. Kompositionseffekte

a. Der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in einer Klasse stellt für Kinder mit türkischem Migrationshintergrund einen belastenden Faktor dar, hat aber auf Kinder mit einem anderen Migrationshintergrund oder deutsche Kinder keinen statistisch bedeutsamen Einfluss. Das Ergebnis lässt sich dahingehend interpretieren, dass es für Kinder mit türkischem Migrationshintergrund eine hohe Wahrscheinlichkeit gibt, dass sie in ihren Klassen auf andere Kinder mit türkischem Migrationshintergrund treffen und sich deshalb in der Pause – aber auch teilweise in der Klasse – auf Türkisch mit ihnen unterhalten können. Kinder mit einem anderen Migrationshintergrund müssen demgegenüber Deutsch als Sprache verwenden, wenn sie sich unterhalten wollen.

b. Die durchschnittliche kognitive Leistungsfähigkeit der Klasse ist ebenfalls ein guter Prädiktor für Schulleistungen in Deutsch und Mathematik in der Klasse 4.

Es gibt keine Unterrichtsmethode, von der alle in gleicher Weise profitieren.

Diese Ergebnisse erfordern zusammengenommen, dass in der Grundschule in den ersten beiden Jahren wahrscheinlich vermehrt Konzeptwissen vermittelt werden muss. Dazu bietet es sich an auf Wortfeldarbeit zu setzen, weil ein weiteres wesentliches Ergebnis des Projekts ist, dass Kinder mit Migrationshintergrund immer dann mit hoher Wahrscheinlichkeit größere Defizite erkennen lassen, wenn Sprach- und Textverständnis sowie Lesekompetenz gefordert sind. Demgegenüber zeigen sie in der Rechtschreibung ähnliche Leistungen wie Kinder ohne Migrationshintergrund.

Als zentral wird von vielen Lehrerinnen die Frage angesehen, welche Unterrichtsmethode am günstigsten in Klassen mit einem hohen Anteil mit Migrationshintergrund bzw. aus bildungsfernen Schichten ist. Der wichtigste Befund lässt sich so formulieren: Es gibt keine Unterrichtsmethode, von der alle Kinder in gleicher Weise profitieren. Bei statistischen Analysen zeigt sich vielmehr zwischen den Kindern eine hohe Variabilität. Dennoch konnten wir vor allem auf der Basis einer Auswertung von Klassen, in denen die Erwartungswerte übertroffen wurden, Merkmale für erfolgreiches Unterrichten identifizieren: Die erfolgreichste Lehrerin, das ist eine Lehrerin, die zu allen Messzeitpunkten die Erwartungswerte übertroffen hatte, hat einen Unterrichtsstil, der sich dahin charakterisieren lässt, dass der Unterricht 1. lehrerzentriert ist, 2. strukturiert ist und klare Anforderungen stellt und 3. Kinder, die erkennen lassen, dass sie dem Unterricht nicht mehr folgen oder folgen können, sofort wieder zurückholt. Das lässt sich als Kombination von Strukturierung und Individualisierung des Unterrichts kennzeichnen. Auch im Gesamtdatensatz lässt sich diese Vorgehensweise als erfolgversprechend identifizieren.

Alles ist möglich bei DaZ*

Dilemma zwischen Autonomie und Kontrolle.

von Michael Nové und Gerhard Weil, Landesausschuss für multikulturelle Angelegenheiten

Im Schuljahr 2003/2004 verließen 23,9 Prozent der ausländischen AbgängerInnen die allgemeinbildende Schule ohne Schulabschluss. Ihr Anteil lag damit dreimal so hoch wie bei den deutschen AbsolventInnen (8,9 Prozent)." „Als Ursache für die geringen Bildungserfolge spielt die Sprachkompetenz eine zentrale Rolle", sagt nicht die GEW Berlin, sondern der Berliner Senat im Kapitel „Integration durch Bildung" des Senatsbeschlusses „Vielfalt fördern – Zusammenarbeit stärken. Integrationspolitik für Berlin", veröffentlicht im September 2005.

Wer wollte dieser Analyse eines grandiosen schulischen Scheiterns ernsthaft widersprechen? Gescheitert ist damit unseres Erachtens auch die jahrzehntelange Haltung der Schulaufsicht, Förderstunden für DaZ ohne weitere Kontrolle und nur mit kleinen bürokratischen Auflagen an die Schulen zu geben. Nur ein Bruchteil des Unterrichts kam bei den Migrantenkindern an, und das nach undurchschaubaren, willkürlichen Grundsätzen; die Schulen nutzten das Stellenpotenzial in vielen Fällen als willkommene Vertretungsreserve, manche wenigstens zur Betreuung von Nicht-Religionskindern.

Gescheitert ist anscheinend auch der Versuch, Transparenz und Effizienz in die Verwendung der DaZ-Mittel durch das Rundschreiben II Nr.35 „Deutsch als Zweitsprache in der Berliner Schule" vom 25. November 1998 zu bringen. Mit der Forderung „Jeder Unterricht ist DaZ-Unterricht", einem System der bezirklichen Fachkonferenzen und der Berichtspflicht über die Verwendung der DaZ-Stunden im jeweiligen Schuljahr sollte sichergestellt werden, dass Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache Sprachförderung in dem Umfang und von der Qualität zukommt, die Ihnen zusteht. Nachdem den Schulleitungen klar wurde, dass auch ehrliche Angaben über Unterrichtsausfälle bei DaZ bis zu 50 Prozent wie gehabt zu keinen ernsthaften Konsequenzen vonseiten der regionalen oder zentralen Schulaufsicht führen und die Forderung des Rundschreibens, der DaZ-Unterricht dürfe proportional nicht mehr als jeder sonstige Fachunterricht ausfallen, als nettes und zahnloses Postulat entlarvt wurde, änderte sich in der Schulrealität wenig.

Leider ändern sich auch die hohen Quoten der migrantischen Abgänger ohne Schulabschluss nicht. Hier stellt sich zudem die Frage, ob die tatsächlichen Zahlen nicht deutlich höher als das oben zitierte Viertel sein müssen, das sich nur auf die ausländischen Schüler bezieht. Bis heute verweigert die Schulverwaltung nämlich hartnäckig eine Schulabgängerzahl der sonst in der Statistik überall auftauchenden Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache zu veröffentlichen, gewiss nicht wegen der Tatsache, dass sich Schulerfolg und verbesserte Deutschkenntnisse mit dem Prozess der Einbürgerung quasi automatisch einstellte.

Obwohl man aus PISA für Migrantenkinder ableiten kann, dass eigentlich jeder Fachunterricht ausfallen könnte, bloß nicht DaZ, weil der Spracherwerb als Schlüssel zum Schulerfolg angesehen werden muss, sind die Konsequenzen erstaunlich: Statt genau darauf zu achten, dass der DaZ-Unterricht gemäß der Zuteilung an die Schulen auch den Weg in den Stundenplan findet (s.o. – nicht überall eine Selbstverständlichkeit!) und vom Papier auch in der täglichen Unterrichtspraxis zumindest – sagen wir zu 80 bis 85 Prozent – zu den betroffenen SchülerInnen gelangt, geht man „moderne", altbekannte Wege: Als Erstes verdonnert man die DaZ-Lehrkräfte vielerorts, die Hauptlast der diversen Überprüfungen und Tests zu übernehmen, selbstverständlich zulasten des noch erteilten DaZ-Unterrichts, allerdings ohne dass der ermittelte Förderbedarf in der Regel zu Konsequenzen mit mehr erteiltem Förderunterricht führt. Aber Tests und Leistungseinschätzungen sind ja schließlich angesagt!

Entsprechend dem neuen Schulgesetz hat man zweitens die Eigenständigkeit der Schulen vor allem für den DaZ-Unterricht schon Anfang 2005 mit der neuen Grundschul- und der Sekundarstufe I-Verordnung gesichert. Fast wortgleich heißt es da in § 17(3) der Grundschulverordnung und in § 15(4) der Sek I-Verordnung: „In Regelklassen erfolgt die Förderung im Rahmen der organisatorischen und personellen Möglichkeiten der Schule nach einem schuleigenen Förderkonzept. Die Förderung kann unterschiedlich organisiert werden, insbesondere durch zusätzlichen Teilgruppenunterricht, temporäre Lerngruppen mit definierten Zielen, niedrigere Fre-

* *Deutsch als Zweitsprache*

Erhalten SchülerInnen nichtdeutscher Herkunftssprache genügend Förderung? FOTO: IMAGO/REINHARD

quenzen oder den zeitnahen Einsatz von zwei Lehrkräften in einer Klasse. Die Formen der Förderung können auch kombiniert werden.“ Na bitte, anything goes! Für Schulen mit einem wirklich klaren Förderkonzept wunderbar. Es wird an diesen Schulen sicher gut ausgebildete Lehrkräfte geben, die sich der Anpassung und Umsetzung des entsprechenden Rahmenplans DaZ an das schuleigene Konzept widmen können. DaZ als Unterrichtsprinzip auch im Fachunterricht, schulinterne DaZ-Fortbildungen für die LehrerInnen und systematische, sprachstandsbezogene Sprachfördersequenzen für die SchülerInnen sind hier selbstverständliche Alltagspraxis.

Solche Schulen aber, die am Schulerfolg der Migranten nicht sonderlich interessiert sind, können bei Unterversorgung mit Lehrkräften, Dauerfehlenden etc. auf die nicht vorhandenen „personellen Möglichkeiten“ verweisen. Mitunter nur mit Klassenauflösungen zu vermeidende Unterfrequenzen erhalten mit diesen Verordnungen auch noch das Feigenblatt der gezielten Migrantenförderung. Und die zweite Lehrkraft im Unterricht kann als prima Vertretungsfeuerwehr umgedeutet werden! Eine Schule also, die nicht eine Stunde DaZ ausweist und mit den zugeteilten Stunden allein Unterfrequenzen finanziert, kann dies sogar als schuleigenes Förderkonzept ausweisen (weil die Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache ja so viel besser in kleineren Klassen Deutsch lernen)!

Welche Schulaufsicht kann gegen DaZ-Ausfälle von 50 Prozent oder gar mehr vor diesem rechtlichen Hintergrund die Stirn runzeln, gar die bald in die Schulen ausschwärmenden Schulinspektoren?

Die Verantwortung für weitere Integrationsmisserfolge ist erfolgreich an die Schulen delegiert, die schließlich ein DaZ-Förderkonzept entwickeln sollen, da kann man sogar die weitere DAZ-Weiterbildung am LISUM einstellen, wie es sich abzuzeichnen scheint. Die Folgen sind ja erst nach der 10. Klasse festzustellen, oder erwartet jemand ernsthaft, dass mit den aufs Schriftliche fixierten Prüfungen des Mittleren Schulabschlusses die Schüler mit Migrationshintergrund nun erfolgreicher abschneiden werden?

Wer sich intensiver mit Fragen zu DaZ vom Kindergarten bis zur Lehrerbildung beschäftigen möchte: Die von der GEW BERLIN erstellte Dokumentation der 2. Berliner Fachtage „Perspektiven zu DAZ“ kann unter www.gew-berlin.de/5710.htm herunterladen werden.

Schlechter Start für den Anfangsunterricht

Kritik an der Jahrgangsmischung der ersten Klassen.

Stellungnahme der Käthe-Kollwitz-Grundschule

Angesichts der bevorstehenden Veränderungen im Anfangsunterricht sieht sich das Kollegium der Käthe-Kollwitz-Grundschule zu der folgenden Stellungnahme veranlasst.

Grundsätzlich halten wir die vorgeschriebene flächendeckende Einführung einer „zweijährigen Jahrgangsmischung“ ab dem kommenden Schuljahr für kontraproduktiv und nicht zeitgemäß. Unsere Ablehnung ist wohlüberlegt und begründet sich wie folgt:

Die angestrebte Regelung mit der von ihr erzeugten Fluktuation behindert unserer Auffassung nach pädagogisch wünschenswerte Entwicklungen und Strukturen, die nur über Jahre wachsen können. Wenn in jedem Jahr neue Kinder in die Gruppe eingebunden werden müssen, wird all das, was in den Diskussionen der vergangenen Jahre als wichtig und persönlichkeitsbildend erachtet wurde, in Frage gestellt: Bindungsfähigkeit, Ausbildung von Gruppenzugehörigkeit, Identität, Werteerziehung. Die dem Konzept innewohnende Kurzlebigkeit und Atomisierung erscheint uns als das falsche Zeichen in heutiger Zeit, in der Nachhaltigkeit richtigerweise als anzustrebendes Ziel erkannt worden ist.

Über diese allgemein-pädagogischen Erwägungen hinaus erheben wir grundsätzliche Bedenken gegenüber den der Konzeption innewohnenden methodisch-didaktischen Ansätzen. So erscheint uns eine zwangsläufig weitgehende Ausrichtung des Unterrichts auf Wochenplanarbeit gleichbedeutend mit einer Verarmung des Lerngeschehens. Bewährte Methoden der Anleitung, Begleitung, Unterweisung und Unterstützung des Kindes werden zu unrecht diskreditiert, entwertet und beiseite gelassen. Hier werden unserer Auffassung nach Sachverhalte und Lerninhalte lediglich abgearbeitet und nicht gemeinsam gestaltet, erkämpft und ausgekostet. Die wichtigsten Mittel, kindliche Lernvorgänge in Gang zu setzen, bleiben erlebte Gemeinschaft und menschliche Zuwendung! Die Reduktion der Lehrerpersönlichkeit auf eine den Lernprozess moderierende und dokumentierende Funktion empfinden wir als einen rückschrittlichen, längst widerlegten Ansatz. Wir sind der Überzeugung, dass das Primat der absoluten Individualisierung unsere Gesellschaft schwächt und in einer Zeit des zunehmenden Orientierungsverlustes ein schwerwiegender pädagogischer Fehler ist.

Dies schließt nicht aus, dass wir vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Zielsetzungen den Veränderungsbedarf von Schule grundsätzlich anerkennen und viele Elemente des neuen Schulgesetzes ausdrücklich begrüßen. Wir plädieren aber dafür, dem Bindungsbedürfnis kleiner Kinder Rechnung zu tragen und die Rahmenbedingungen so weit zu fassen, dass die Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Schule auch hier stärker berücksichtigt werden. Ein derart drastischer und einschränkender Eingriff in unsere Methodenfreiheit muss in einer Zeit, da beständig von „Autonomie der Schule“ gesprochen wird, befremden.

Aus diesen Überlegungen heraus appellieren wir an alle Beteiligten, das Konzept der Jahrgangsmischung noch einmal zu überdenken und den Schulen bei dieser grundlegenden Strukturveränderung mehr Mitspracherecht und Entscheidungsbefugnis einzuräumen.

Die Falle ist längst zugeschnappt

Über die Konflikte mit Ein-Euro-Jobs in den Bildungseinrichtungen.

FOTO: PRIVAT

von Matthias Jähne, Referent in der GEW BERLIN

Nach dem Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts von September 2005, das den Personalräten ein Mitbestimmungsrecht bei der Eingliederung von Erwerbslosen auf „1-Euro-Basis“ zugesteht, sind die Konflikte um diese Arbeitsgelegenheiten neu entflammt. Die Schulleitungen befürchten, dass sie nun auf ihre kostenlosen Arbeitskräfte verzichten müssen, die sie seit dem letzten Jahr zahlreich einsetzen.

Von den 30.000 „1-Euro-Jobs“ in Berlin sind etwa 19.000 im öffentlichen Dienst angesiedelt. Wie viele davon in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen arbeiten, ist unklar. Innerhalb eines Jahres haben sich die Beteiligten – ohne nennenswerten Widerspruch – in eine Falle begeben, aus der sie jetzt nicht ohne Weiteres herauskommen.

Erwerbslose betreuen die komplette IT-Technik, leiten Arbeitsgruppen, kümmern sich um die SchülerInnen am Nachmittag, arbeiten im Schulsekretariat, in der Bibliothek und als Hausmeister-(„Gehilfe“). Wenn Not am Mann oder an der Frau ist, übernehmen sie auch schon mal eine Klasse – was natürlich heftigst bestritten wird. Alles Tätigkeiten, die nicht etwa unnütz oder überflüssig sind, sondern regelmäßig in Schulen anfallen und erledigt werden müss(t)en. Umso größer ist jetzt die Angst, dass der Laden zusammenbricht. „Ohne Frau Ebel wären wir hier ziemlich aufgeschmissen“, zitiert die *Berliner Morgenpost* am 14.3. eine Schulleiterin aus Kreuzberg. Frau Ebel, so die Zeitung, arbeitet dort auf 1-Euro-Basis und ist zuständig für die technische Unterstützung und Wartung von Computern und bringt Schülern und Lehrern technisches know-how bei.

„Rettet die 1-Euro-Jobs“ scheint jetzt die Devise zu sein. Die Quertreiber sind schnell ausgemacht: Das sind die Personalräte, die auf ihr Mitbestimmungsrecht pochen und natürlich die GEW, die sowieso gegen alles ist. Zur Verteidigung werden die „armen Arbeitslosen“ vorgeschickt, die endlich wieder was Nützliches tun dürfen und nebenbei noch etwas Geld zum Leben bekommen. Man redet sich die Lage schön.

Zur Aufregung gibt es aber keinen Grund. Das Verwaltungsgericht hat lediglich bestätigt, was bisher schon ständige Rechtssprechung war, dass nämlich den Personalräten bei der Eingliederung von Arbeitskräften in den Dienstbetrieb (auch ohne Arbeitsvertrag) ein Mitbestimmungsrecht zusteht, wie bei jedem anderen Arbeitnehmer auch. Ausschlaggebend dafür ist, dass auch Beschäftigte auf „1-Euro-Basis“ dem Weisungsrecht der Leitung der Dienststelle unterliegen und nicht losgelöst vom sonstigen Betrieb arbeiten. Das betrifft Fragen der Arbeitszeit, der Arbeitsinhalte und des konkreten Einsatzortes ebenso wie die Einhaltung gesetzlicher Schutzvorschriften (Arbeitsschutz, Mutterschutz usw.). Die Personalräte müssen in jedem Einzelfall prüfen, ob keine Regeltätigkeiten der Einrichtung durch „1-Euro-JobberInnen“ verrichtet werden. Eine Pauschalablehnung durch die Personalräte verbietet sich schon deshalb, weil sie spätestens vorm Verwaltungsgericht als unbeachtlich zurückgewiesen würde. Klar ist aber auch, dass es nicht mehr so gehen kann, wie es bisher oft gelaufen ist – nach dem alten TUSMA-Spruch „Telefoniere Und Studierende Machen Alles“. Es wird unbequemer.

Warum noch reguläre Stellen einrichten? Der Laden läuft doch für die nächsten sechs Monate!

Mit den „1-Euro-Jobs“ wird unbestritten notwendige und sinnvolle Arbeit erledigt. Ihre hohe Zahl in Schulen und Kitas zeigt deutlich, dass es massive Defizite bei der Personalausstattung gibt, die mit „1-Euro-Jobs“ schönfärberisch zugekleistert werden. Wenn es, wie bisher, so einfach ist, für die fehlende Erzieherin oder den abgebauten Medienwart Leute vom Job-Center anzuheuern, warum sollte sich dann noch jemand dafür stark machen, dass es reguläre Stellen und Arbeitsverhältnisse für diese Tätigkeiten gibt? Der Laden läuft doch. Jeglicher Druck auf die Politik, Bildung angemessen zu finanzieren, verpufft. Was uns Arbeit mit Kindern und Jugendlichen wert ist oder wert sein sollte, scheint keine Rolle mehr zu spielen. Damit werden die Chancen für Erwerbslose auf eine reguläre Beschäftigung zusätzlich eingeengt. Die Falle ist voll zugeschnappt!

Redet man mit Erwerbslosen, die in 1-Euro-Jobs tätig sind oder waren, sagen viele, dass ihnen die Tätigkeit Spaß macht, dass sie durchaus nützlich und sinnvoll ist und sie dadurch auch wieder mehr soziale Kontakte haben. Genauso einmütig ist die Aussage, dass das, was sie tun, eigentlich ein ordentliches Arbeitsverhältnis mit einer entsprechenden Entlohnung darstellt.

Es gibt Alternativen zur Arbeit zum Nulltarif. Die Job-Center in Berlin haben im letzten Jahr 300 Mio. Euro für Eingliederungsmaßnahmen von Arbeitslosen nicht ausgegeben. Aus den Mitteln, die heute für Arbeitslosengeld II plus 1,50 Euro Aufwandsentschädigung zuzüglich der Trägerkosten bei „1-Euro-Jobs“ ausgegeben werden, müssen sozialversicherungspflichtigeArbeitsverhältnisse geschaffen werden, von denen man auch leben kann. Die Falle muss wieder geöffnet werden! Das wird aber nur gelingen, wenn alle Beteiligten sich die Situation nicht weiter schönreden.

Verlorene Arbeitsplätze

Zur Krise der sozialen Arbeit in Deutschland.

von Herwig Grote, Fachgruppe Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit

Das 20. Jahrhundert war eine Erfolgsgeschichte der sozialen Arbeit. Durchaus im Konflikt mit den herrschenden Verhältnissen begehrte diese, hinsichtlich ihrer Motivation und ihrem Handlungsverständnis in sich zerrissene Berufsgruppe von Sozialarbeitern und Sozialpädagogen, in den sechziger und siebziger Jahren erfolgreich auf.

Noch in der Mitte der neunziger Jahre gab es für diese Berufsgruppe, auch infolge des Nachholbedarfs in den östlichen Bundesländern, eine durchaus günstige Lage am Arbeitsmarkt.

Freie Stellen sind Mangelware!

Damit ist es nun und wohl auch auf Dauer vorbei. Bereits Ende der neunziger Jahre war in den neuen Bundesländern ein erheblicher Rückgang von Arbeitsplätzen zu verzeichnen. Die teils gravierenden Haushaltskürzungen, in Berlin ab dem Jahr 2003, bewirkten ein Übriges. Nun ist auch der Arbeitsmarkt in den westdeutschen Ballungsgebieten, den Städten mit erheblichen sozialen Brennpunkten, eingebrochen.

Im Jahr 2004 stieg die Zahl der Arbeitslosen dieser Berufsgruppe um 16,2 Prozent auf 10.000 gemeldete Arbeitslose und das Stellenangebot sank im gleichen Zeitraum um 31 Prozent. Jährlich verlassen 9.000 Absolventen die Fachhochschulen. Da der Arbeitsmarkt sie kaum aufnehmen kann, wird für sie die Schwelle zur Berufstätigkeit unüberbrückbar.

Haushaltspolitik vernichtet Arbeitsplätze

Die 68er Pioniergeneration kann bei vergleichsweise günstigen Beschäftigungsbedingungen innerhalb des öffentlichen Dienstes ihrem Ruhestand gelassen entgegen sehen. Folge des seit Anfang 1990 fast durchgängigen Einstellungsstopps ist jedoch nicht nur die Überalterung im öffentlichen Dienst, sondern auch, dass Arbeitssuchende nur noch eine Chance auf einen Arbeitsplatz bei den freien Trägern der Wohlfahrtspflege haben. Diese geraten aber durch die immer stärker um sich greifende rigide Haushaltspolitik der öffentlichen Hand ebenfalls unter Druck.

Durch die weitgehend fehlende Tarifbindung der freien Träger, führt der Überschuss von zum großen Teil hochqualifizierten Fachkräften zu allen Formen des Sozialdumpings und des Abbaus von arbeitsvertraglichen Rechten. Bedenklich ist auch die Zunahme von schlecht vergüteten Honorar- und Zeitverträgen. Eine Trendwende ist nicht in Sicht, wenn auch die Arbeitsmarktdaten für 2005 mit Spannung erwartet werden. Mit Ausnahme der Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und mit Einschränkung auch Hessen, wo sich der Arbeitsmarkt noch relativ gut präsentiert. In allen anderen Bundesländern wird zur Stabilisierung der Haushaltslage entgegen aller Vernunft auch in Innovationsbereichen wie z.B. der Schulsozialarbeit erheblich gespart werden.

Betroffen sind wieder einmal hauptsächlich Frauen, die in diesem Arbeitsfeld rund 75 Prozent der Beschäftigten stellen. Absehbar ist auch, dass eine zunehmende Zahl von Fachkräften nur im Bereich der Arbeitsförderung eine Chance auf Beschäftigung haben wird. Damit ist eine weitere Krisenspirale für diese Berufsgruppe eröffnet.

Wie lange wollen wir uns diese Sparerei noch leisten? Bis Schulen nur noch unter Polizeischutz betreten werden können? Oder bis in den sozialen Brennpunkten unserer Städte Häuser und Autos brennen? Wir sind nicht mehr weit von solchen Szenarien entfernt, mancherorts gibt es sie schon.

Informationen zu den Arbeitslosenzahlen unter: www.arbeitsagentur.de/content/de

ANZEIGE

Ihr gutes Recht

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Muss ich bei Smog-Alarm in der Schule anwesend sein? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

Die Senatsverwaltung hat „gerechnet"

Die Lehrerarbeitszeit wurde gewogen, normiert und passend gemacht.

FOTO: KAY HERSCHELMANN

von Holger Dehring, Referatsleiter Angestellten- und Beamtenrecht

Im Zusammenhang mit den von der GEW BERLIN unterstützten Klagen von Lehrkräften gegen die 2003 erfolgte Erhöhung der Pflichtstundenzahl hat die Senatsbildungsverwaltung eine Stellungnahme zur Lehrerarbeitszeit abgegeben. In dieser wird – wie nicht anders zu erwarten – auf Grundlage einer Jahresarbeitszeitbetrachtung dargelegt, dass die von Lehrkräften zu erbringende wöchentliche Arbeitszeit von 44 Stunden 14 Minuten nur leicht, nämlich nur um eine Minute, überschritten wird. Dabei werden zum Beispiel für die Korrektur einer Klassenarbeit in Englisch 12,5 Minuten und für eine Leistungskursklausurkorrektur in Erdkunde 25 Minuten angesetzt. Diese zeitlichen Vorgaben (siehe unten) werden von der Senatsbildungsverwaltung nicht begründet und unterscheiden sich wesentlich von den Zeitangaben der Untersuchungen von Mummert Consulting im Jahr 1997 in Nordrhein-Westfalen. Das Gericht sieht zwar den von der Senatsbildungsverwaltung angesetzten Zeitaufwand für durchaus knapp bemessen an, zieht daraus aber nicht die von uns erhofften Schlussfolgerungen.

Das Verwaltungsgericht Berlin hat in einem Verfahren entschieden, dass der Gesetzgeber durch die Erhöhung der Pflichtstundenzahl nicht gegen die Kompetenzregelung des Artikels 74a Grundgesetz und auch nicht gegen Art. 64 Abs. 1 Satz 2 der Berliner Verfassung verstoßen hat. Gemäß § 35 Abs. 5 LBG sei der Verordnungsgeber berechtigt, die Modalitäten der Arbeitszeit (zur Konkretisierung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit) festzulegen. Davon sei nicht willkürlich Gebrauch gemacht worden. Die von der Senatsverwaltung vorgelegte Stellungnahme sei nicht zu beanstanden, da allein der Dienstherr bestimmt, welche Anforderungen insbesondere in zeitlicher, aber letztlich auch in qualitativer Hinsicht an die Vor- und Nachbereitung, Korrekturen, Elternbesprechungen, den Konferenzaufwand und den übrigen Arbeitsaufwand zu stellen sind. Das zeigt, dass wir über gerichtliche Auseinandersetzungen es nicht erreichen werden, dass die derzeitige Pflichtstundenzahl gesenkt wird. Der Senatsbildungsverwaltung muss klargemacht werden, dass die willkürlichen und nur der Rechtfertigung dienenden Zeitvorgaben eine Missachtung und Herabwürdigung der Tätigkeit der Lehrkräfte sind. Und sie muss durch praktisches Handeln eines Besseren belehrt werden.

BERECHNUNG DER GESAMTARBEITSZEIT DURCH DIE SENATSVERWALTUNG

	Stunden	Minuten	Bemerkung	Anteil
Unterricht	18	45	= 25 x 0,75*	42%
individuelle Tätigkeiten	16	17	37%	
davon a) Vor- und Nachbereitung	10		pauschaliert**	
b) von Klassenarbeiten	4	52		
c) Lernerfolgskontrollen	25		pauschaliert	
d) Schülerübungen	1		pauschaliert	
gemeinsame Tätigkeiten				
Vor- und Nachbereitung	3	0	pauschaliert	7%
Schüler/Elterngespräche	2	10	Ansatz nicht weiter verfolgt	5%
Konferenzen/Organisation	2	0	nur Konferenzen, Rest pauschal	4%
Verteilzeiten	2	20	pauschaliert	5%
Gesamt	**44**	**32**	**in Minuten 2672**	**100%**

* (1 Stunde Erm. Klassenleitung) ** 5 Tage x 2 Stunden

Die komplette Berechnung der Senatsverwaltung kann beim Referat A der GEW BERLIN angefordert werden.

BEISPIEL KLASSENARBEITEN UND KLAUSUREN

Für die 4 Klassenarbeiten in Englisch in einer Klasse 9 mit im Schnitt 28 Schülern werden insgesamt 1.520 Min. Arbeitszeit angesetzt. Pro Arbeit 12,5 Min. Korrekturzeit (= 1.400 Min. insgesamt) sowie 20 Min. für die Erarbeitung plus 10 Min. für die Verwaltung pro gesamter Klassenarbeit (30 X 4 Klassenarbeiten = 120 Min.). Bei den Klausuren in den Leistungskursen wird im Fach Erdkunde (4 Klausuren mit 14 Schülern im Schnitt) von einer Gesamtarbeitszeit von 1.600 Min. ausgegangen. Hier rechnet man pro Arbeit mit 25 Min. für die Korrektur (1.400 Min. insgesamt) sowie 40 Min. für die Erarbeitung plus 10 Min. für die Verwaltung (50 x 4 Klassenarbeiten= 200 Min.).

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Pädagogik allein reicht oft nicht!
Berufsbegleitende Aus-/ Weiterbildung Sozialtherapeutische Musikarbeit für Sonder-/ PädagogInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen ect.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813-50-80

Paarberatung (Dajeb)
von qualifizierter Einzel- u. Paarberaterin.
Anfragen tel. (030/4 29 00 55)
oder per e-mail,
info: www.paarberatung-kuntzke.de

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

Coaching Supervision
Begleitung bei Bewerbungen
Anne Haedke
Diplom-Supervisorin
030-7 22 53 87 oder 030-72 01 91 48
www. annehaedke.de
anne.haedke@t-online.de

(Ver-)Änderungen selbst gestalten
Supervision, Coaching, Beratung für Einzelne und Gruppen
Gestalt-Organisationsberaterin,
Dipl.Soz.Päd. Petra Gänsicke-Voss
Tel.: 030-82 70 68 33

Supervisionsgruppe
für Lehrer/innen hat
noch freie Plätze
Info: **Ina Kaufmann**
Dipl.Päd. / Supervisorin (DGSv)
Tel: 030/ 693 68 90, e-mail:
Kaufmann.Ina@web.de

KLINIK NIKOLASSEE
Innere Medizin · Kardiologie · Psychotherapie · Neurologie
Private Kassen · Beihilfe · Postbeamten-B
- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Alkohol- u. Tablettenmissbrauch
- Depressionen
- Angstzustände
- Panikattacken
- Schlafstörungen
- Schmerzen/Fibromyalgien
- Schwindelzustände
- nervöse und Erschöpfungszustände/ Burn-out-Syndrom

24-Std. Akutaufnahmen! **030 / 803 09 10**
14129 Berlin · Von-Luck-Str. 3 · www.klinik-nikolassee.de

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für **Essstörungen**
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen,** Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • **www.leisberg-klinik.de** • info@leisberg-klinik.de

Das Theater Strahl spielt anlässlich der Fußball-WM das Stück „Garuma": Ein Musik-SchauSpiel über die rasante Karriere eines Fußballstars für Menschen ab 13 Jahren. Siehe auch Besprechung unten. FOTO: JÖRG METZNER

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

Im Bunker am Gesundbrunnen, ehemals von Ostarbeitern gebaut, spielt eine junge multikulturelle Gruppe **„Ostarbeiter"** und zeigt nicht nur deren schlimmes Schicksal in Deutschland, sondern auch die Diskriminierungen nach der Rückkehr in die Sowjetunion bis zur Rehabilitation und zum Kampf um eine Entschädigung. Die Aufführung bringt starke, ruhige Bilder und konzentrierte historische Texte, die in aller Einfachheit für sich sprechen; sie ist verbunden mit einer Wanderung durch Bunkerräume und Gänge und wird ergänzt durch eine kleine Ausstellung. Das Ganze ist höchst sehenswert (und bildungswirksam! Ab 15 – Vorbereitung wichtig – möglichst in kleineren Gruppen!; Anmeldung/Information: Berliner Unterwelten e.V., 49 91 05-17 und -18).

„Freudendienste", eine **Hau-Produktion**, spielt im Freudenhaus auf der Treppe und in Zimmern verteilt über drei Stockwerke. Die eindrucksvolle Montage von Interview-Texten zeigt keine Einzelfiguren, sondern wird aus vielen Splittern thematisch geordnet, durchaus nicht „ideologisch" in eine Richtung gedrängt, sondern offen und weit gefasst. Primäres Ziel ist, Öffentlichkeit herzustellen und die Freudendienerinnen aus dem Zwielicht des Verschwiegenen herauszuholen. Wichtig als Auseinandersetzung mit gegenwärtiger Realität (ab 18).

Das Berliner Jugendtheater **Strahl** wird zum „global player" mit einem offiziellen Beitrag zum Kunst- und Kulturprogramm der Fußball-WM und meistert mit Bravour ein aufwendiges Spektakel, das zum Teil in WM-Stadien (in Berlin in der Arena) aufgeführt wird. *„Garuma"* behandelt musik- und tanzbetont die Geschichte eines brasilianischen Stürmer-Stars mit intensivem Training, Versuchungen des Erfolgs, Verletzungen, Absturz. Sie spricht auch von den Schattenseiten Brasiliens, zeigt aber vor allem Glanz und Glitzer. Geschickt werden Frauenrollen und jeweils andere Gruppen von Fußballern (also NICHT-Schauspieler!) mit einbezogen. Wenn freilich alles aufgedreht und aufgedonnert wird, wenn immer etwas „los" sein muss, kommen die eigentlichen Qualitäten des Jugendtheaters (und Strahls) nicht zur Geltung: die klare nachvollziehbare Geschichte, der direkte Bezug zu Jugendlichen heute, Nachdenklichkeit und Intensität auch stiller Momente, Möglichkeiten zur Reflexion. Allzu vieles wird einfach nur gesagt und turbulent-oberflächlich

überspielt (ab 12).
„Maria Stuart“ in der **Schaubühne** hat dramatisch-spannende Szenen, aber auch ärgerliche Theatermätzchen. Gespielt wird in einem breiten Einheitsraum, der die unterschiedlichen Orte kaum klar macht und manchmal zu sinnlosen Aktionen zwingt. Für eine Erstbegegnung mit *Maria Stuart* also kaum geeignet.

Hans-Wolfgang Nickel

FORTBILDUNG

GEW-Seminare
In folgenden Seminaren der GEW BERLIN sind noch Plätze frei. Bitte schnell anmelden!

- Fit für Funktionsstellen [061-S-34], 11.05., 15.30-19.00 Uhr, GEW-Haus, für LehrerInnen (nur Mitglieder), Kosten: keine
- Professionelle Gesprächsführung [061-S-35], **neuer Termin 19. - 20.05.06**, GEW-Haus, für Mitglieder in Leitungsfunktionen, Kosten: 50 Euro, für Nichtmitglieder 150 Euro.
- Islam und Schule [061-S-38], 30.05., 17-19 Uhr, GEW-Haus, für LehrerInnen und SozialpädagogInnen, Kosten: keine
- Flucht und Asyl [061-S-39], 07.06., 17-20 Uhr (Wiederholung vom 22.03.)
- Moderation von Sitzungen und Großgruppen [061-S-40], 08.-09.06., 9-17 Uhr, GEW-Haus, für SchulleiterInnen und andere GEW-Mitglieder, offen für Nichtmitglieder, Kosten: 50 Euro, Nichtmitglieder 180 Euro.
- Das GEW-DoktorandInnenseminar [061-S-43], 23./24.06., Seddiner See, für promovierende GEW-Mitglieder, Kosten: keine

Mehr Informationen im Internet unter www.gew-berlin.de (Veranstaltungen/Seminare).Anmeldungen schriftlich an: GEW BERLIN, Ahornstr. 5, 10787 Berlin, per E-Mail unter info @gew-berlin.de, per Telefon unter 030 / 21 99 93 0, per Fax unter 030 / 21 99 93 50.

Ethikunterricht und interkultureller Schulalltag
Zum Beginn des kommenden Schuljahrs wird an Berlins Schulen ab den siebten Klassen der neue Ethik- und Werteunterricht eingeführt. Der Rahmenplan für das neue Fach sieht dafür sechs Unterrichtsschwerpunkte vor. Orientiert an diesen Unterrichtseinheiten soll eine gemeinsame konstruktive Debatte über die weitere Ausgestaltung des Fachs geführt werden am **Montag, 15. Mai von 16 bis 21 Uhr**. *Under Construction* ist ein Diskussionsforum des Senatsbeauftragten für Integration und Migration in Kooperation mit der Werkstatt der Kulturen und anderen. Kontakt: Elke Pohl, Büro des Beauftragten für Integration und Migration, Tel. 030 – 90 17 23 22, Elke.Pohl @auslb.verwalt-berlin.de

Pfingsttreffen der schwulen Lehrer
Jedes Jahr treffen sich schwule Lehrer aus allen Bundesländern zu Pfingsten im Waldschlösschen bei Göttingen. Zum 27. Mal (!) organisieren die Kollegen der AG Homosexuelle Lehrer der GEW Berlin zusammen mit anderen Kollegen eine Fortbildung mit vielfältigen Workshops und Seminaren für alle, vom schwulen Lehramtsstudenten bis zum Kollegen mit langjähriger Berufserfahrung. Themen dieses Jahr: Kollegiale Praxisberatung/ Sexualerziehung – Immer das Gleiche? / Homosexualität im Bilderbuch/ Umgang mit Migranten / Kollegiale Fallbesprechung u. v. m. Das Tagungsprogramm (siehe auch www.schwulelehrer.de) wird durch ein nicht weniger niveauvolles Rahmenprogramm abgerundet.Anm.:www.waldschloesschen.org oder Akademie Waldschlösschen, 37130 Reinhausen, Tel. 0 55 92 92 77-0, Fax 92 77-77, info@waldschloesschen.

AKTIVITÄTEN

Work for Peace
Einen Tag lang jobben Berliner SchülerInnen, statt zu lernen, damit Kinder und Jugendliche in Afrika die Schule besuchen können, statt sich täglich ihren Lebensunterhalt verdienen zu müssen – das ist die Idee von „Work for Peace – Schüleraktionstag für Afrika“ vom 26.-28. Juni 2006. Der WFD (Weltfriedensdienst) organisiert und unterstützt diese Aktion durch eine schülerfreundliche Homepage www.work-for-peace.de , eine Broschüre zur Aktion, ausführliche Informationen zu den Bildungsprojekten in Afrika sowie Filme zum Thema. ReferentInnen des WFD kommen gern an die Schule und stellen das Projekt dem Fachbereich, der SV oder der Jahrgangskonferenz vor, gehen aber auch gern in den Unterricht oder beraten SchülerInnen bei der Arbeitssuche. Und für Projekttage und Schulfeste hat der WFD Vorschläge und Tipps zur Gestaltung und unterstützt bei der Vorbereitung und Umsetzung. Info: Katrin Steinitz, 030-253 990 22 oder mailto steinitz@wfd.de.

Ferienkreativwerkstatt in den Sommerferien
Für SchülerInnen im Alter von 12-18 Jahren veranstaltet die Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein vom 6.-12.08.06 eine Ferienkreativwerkstatt unter dem Motto „Ich will was von der Welt!“. Dort können Jugendliche lernen, sich zu behaupten und ihre Interessen zu vertreten. Sie finden heraus, was ihre Stärken sind und welche Wege ihnen in ihrem Leben offen stehen. Sie können in kreativen Werkstätten einen Videofilm drehen, eine Radiosendung produzieren, tanzen, Musik machen oder sich sportlich austoben. Mehr Infos unter www.kurt-loewenstein.de. Die Ferienkreativwerkstatt kostet 70 Euro für Unterkunft, Vollverpflegung und Programm. Anm.: Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Bettina

Natur zum Anziehen
SEIDE – LEINEN – BAUMWOLLE
SCHWARZES SCHAF
direkt am S-Bhf. Lichterfelde Ost
Jungfernstieg 4 B · 12207 Berlin
Telefon 7 72 53 56 · Gertrud Hillmann
Mo. - Fr. 10-18, Sa. 10-13 Uhr.
!!! AUCH GROSSE GRÖSSEN !!!

Was tun bei ARTHROSE?
Wenn die Arthrose im Hüftgelenk weit fortgeschritten ist und Tag und Nacht Schmerzen bereitet, entschließen sich immer mehr Menschen zu einem künstlichen Gelenk. In ihrer neuen Informationszeitschrift gibt die Deutsche Arthrose-Hilfe e.V. zahlreiche praktische Hinweise zu diesen wichtigen Fragen. Ein kostenloses Musterheft des „Arthrose-Info“ kann angefordert werden bei: Deutsche Arthrose-Hilfe e.V., Postfach 11 05 51, 60040 Frankfurt /M. (Bitte eine 0,55-€-Briefmarke für Rückporto beifügen.)

Information für Krebspatienten
Lokale Tiefenhyperthermie
(Überwärmung)
in der Krebstherapie
Äußerliche Anwendung | Schmerzfrei
Nebenwirkungsfrei
Institut Für Tiefenhyperthermie
Med. Leitung: Dr. med. Hannelore Seibt
Onkologie, Hämatologie, Integrative Krebstherapie
Kaiserdamm 26
14057 Berlin
Tel. 30 10 16 60
Fax 30 10 16 58
www.ift-tiefenhyperthermie-berlin.de

RÜCKENPROBLEME?
www.Naturheilpraxis-City-West.de
Holsteinische Str. 22 (Wilmerdorf)
Tel. 8 61 49 71

ANZEIGEN

Die Fliedner Klinik Berlin. Als private Fachklinik bietet die Fliedner Klinik Berlin Beratung und umfangreiche Hilfe, wenn die Seele aus dem Gleichgewicht geraten ist.
Telefon: 030 / 20 45 97-0. Ärztliche Leitung: Prof. Dr. med. Tilo Held
Behandlungsschwerpunkte: Depression, Burnout, Gesundheitsstörungen durch Mobbing, Angststörungen
Fliedner Klinik Berlin
Ambulanz und Tagesklinik für psychologische Medizin
Charlottenstraße 65 (Am Gendarmenmarkt)
www.fliednerklinikberlin.de
Theodor Fliedner Stiftung

MODERNE KOMFORT-FERNREISEBUSSE
von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Telefon, Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, geschultes und erfahrenes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.
PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20
pkr-bus@bln.de

Klassenfahrt auf Bauernhof/Reiterhof
i.d. Lüneburger Heide mit vielen Tieren wie Ponys, Pferde, Heidschnucken, Katzen, Hunde, Kaninchen und ein Esel. Große Spielwiese mit Lagerfeuer, Naturfitness, Fußball, Basketball, Tischtennis, Billard, Reitplatz, Reithalle, Bootfahren und Baden in der Ilmenau. Platz für 34 SchülerInnen.
Mo. - Fr. 100 Euro ohne Reiten, 140 Euro incl. 4 Reitstunden u. Ausritt. Wochenende Fr. - So. 60 Euro o. Reiten. Preise beinhalten Vollverpflegung u. Getränke. DVD anfordern!
Bienenbüttel
Tel. 0 58 23 73 67
www.hoflust.de

Urlaub in Schweden
Zwei Ferienhäuser in Värmland in Vänernnähe für zwei bis vier Menschen - gerne mit Kindern. Ruder- und Segelboot können mitbenutzt werden.
+46 533 221 12
www.schwedenhaus-ferien.com oder www.vänern.de

www.italia-casale.de
Das Ferienhaus-Portal für Italien
030.30820408 · Manteuffelstr.5a · 12203 Berlin

Insel Rügen
4 großzügige, geschmackvolle, familienfreundliche Ferienwohnungen, 45 qm: 2-4 Pers; 86 & 104 qm: 2-8 Pers
große Sonnenterrasse, gepflegter Garten auf 2.200 qm mit Spielplatz
Jasmund-Therme,
Fahrradverleih im Ort.
www.fewo-blume.de
Tel. 030 40 10 90 35

Vereins- & Schul-T-Shirts
ab 25 Stück
3,95 € pro Shirt
1 Seite bedruckt
Gestaltung kostenlos
Menge: ab 100 Stück
Druck: schwarz
T-Shirt: weiß
Andere Farben und Auflagen auf Anfrage!
INSIGNUM WERBEAGENTUR
Tel. 030-755 16 950 Fax - 955

Dettendorfer. Mail: b.dettendorfer@kurt-loewenstein.de oder Tel. 03 33 98 / 89 99-17.

MATERIALIEN

Bildung sichtbar machen
In nahezu allen Bildungsplänen für Kindertagesstätten wird verlangt, Bildung zu beobachten und zu dokumentieren. Wie kann das geschehen? Wie kann man Bildung sichtbar machen? Ein Team von AutorInnen der GEW ist dieser Frage nachgegangen: Bernhard Eibeck skizziert den Werdegang der Bildungsbuch-Idee und markiert sechs Leitsätze. Norbert Huhn und Kornelia Schneider erkunden die Interessen von Kindern am Dokumentieren und plädieren dafür, Bildung im Dialog mit Kindern sichtbar zu machen. Vier Momentaufnahmen von Gesine Kulcke aus der Praxis zeigen Kita-Teams, die sich auf den Weg gemacht haben, Bildungsspuren von Kindern festzuhalten. Roger Prott klärt die rechtliche Situation: GEW (Hrsg.): Bildung sichtbar machen. Von der Dokumentation zum Bildungsbuch. 142 Seiten, ISBN 3-937785-41-8, 14,90 Euro. Für GEW-Mitglieder zum Sonderpreis von 5 Euro zzgl. Versandkosten erhältlich in der GEW-Geschäftsstelle.

Gewalt gegen Kinder und Jugendliche
Die „Berliner Interventionszentrale bei häuslicher Gewalt“ (BIG e.V.) hat einen Reader herausgegeben, der vor allem ErzieherInnen und LehrerInnen Unterstützung bieten soll, wenn häusliche Gewalt gegen Kinder und Jugendliche vermutet wird. Es werden sowohl praktische Handlungsstandards für den Umgang mit vermuteter Gewalt vorgestellt als auch relevante GesetzestexteundRechtsvorschriften angegeben, darüber hinaus gibt es eine umfangreiche Literaturliste. Der Reader ist kostenlos in der GEW-Geschäftsstelle abzuholen. Weitere Infos: Berliner Interventionszentrale bei häuslicher Gewalt (BIG) www.big-inte rventionszentrale.de

Film „Klassenleben“ auf DVD
Seit geraumer Zeit gibt es in Deutschland Schulklassen, deren Ziel es ist, kein Kind auszusondern. Im Mittelpunkt des Films „Klassenleben“ stehen fünf Kinder einer 5. Klasse, ein Schulhalbjahr und die ungeheure Herausforderung des Lernens für sich und miteinander. Ende Mai erscheint der Film nun auch auf DVD mit diversem Bonusmaterial. Ab sofort kann vom Filmverleih Piffl Medien Berlin die DVD für nicht-gewerbliche Sondervorführungen in Schulen, Hochschulen zu günstigeren Konditionen als im Kino ausgeliehen werden. Preis nach Absprache mit Frau Sabine Elbs bei Piffl Medien:Tel. 030 29 36 16 -0, elbs@pifflmedien.

Materialien abzugeben
Von der Steinzeit bis zu den Römern – Bücher und Unterrichtsmaterialien für den Geschichtsunterricht an Grundschulen günstig abzugeben. Tel. 030-3 13 97 43

ANZEIGEN

Warum nicht mal nach Schlowe?
Bungalows in der Mecklenburger Seenplatte.
Herrliches Naturschutzgebiet. Badesee direkt vor der Tür.
Boote –Fahrräder vorhanden. Draisinenstation.
Ideal für Gruppen, Klassen und Familien. Preiswert!
Prospekt anfordern – 030/44 04 88 97
ferienklub@kinderring.de oder mehr Infos im Web:
www.kinderring-berlin.de

Tel. (030) 30 30 83 - 0
BUSART-TOURS GmbH
Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de
Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

Ihre Anzeige in der blz
Tel: 030-21 99 93 46
Fax: 030-21 99 93 49

WOCHE DER SPRACHE UND DES LESENS IN NEUKÖLLN

Unter der Schirmherrschaft von Bildungssenator Klaus Böger findet vom 3. bis 10. September 2006 in Neukölln eine Woche der Sprache und des Lesens statt. Im Bezirk werden dazu Lesungen und Lese-Performances in Deutsch und in anderen Sprachen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene veranstaltet auf öffentlichen Plätzen, Schulen, Kitas, Parks, Geschäften, Friseursalons, Cafés. Geplant sind außerdem Diskussionsrunden über die Themen Sprache und Lesen sowie Kreativ- und Lese-Wettbewerbe. Damit soll die Leselust bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen geweckt und Menschen unterschiedlicher Generationen und Kulturen zusammengebracht werden.

Gesucht werden noch UnterstützerInnen, die Ideen für originelle Aktionen haben und/ oder sich ehrenamtlich in einer der Vorbereitungsgruppen, als VorleserIn oder VeranstaltungsbetreuerIn für das Projekt engagieren wollen. Auch Sponsoren, die die Aktion finanziell oder durch Sachspenden unterstützen wollen, werden noch gesucht. Kontakt und Informationen über info@sprachwoche-neukoelln.de oder www.sprachwoche-neukoelln.de Initiatoren der Woche sind der gemeinnützige Verein „Aufbruch Neukölln e.V.“, die „Initiative für ein noch besseres Neukölln“ und die Psychosozialen Dienste Neukölln. Zurzeit engagieren sich 65 Menschen aus unterschiedlichen Berufen, Bereichen und Herkunftsländern für das Projekt und bereiten die Veranstaltung vor.

Darlehen supergünstig *1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins

35-jährige Beraterkompetenz

Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter

Vorortberatung wählbar alles kostenfrei

Beamtendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 12 Jahre Lfz., bei 30 000,– €, mtl. *342,– €, bei 60 000,– €, *684,– € Rate, *jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie. Festzinsgarantie ges. Lfz. 5,37%, eff. Jahreszins 5,99%, b. 12 Jahre, bei Lfz. 14 Jahre eff. Zins ab 6,01%, max. Lfz. 20 Jahre. Kürzere Lfz. bei Gewinnanteilsverrechnung. *1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Hypotheken, mit 5% Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 100%.

www.ak-finanz.de

AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
Telefax: (06 21) 51 94 88, Faxabruf: (06 21) 62 86 09

Gebührenfrei Tel. 0800/1000 500

KLASSEnREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-

Oder Österreich ... Holland

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 • 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 • Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter: 030-303083-6

Sommer + Herbst 2006

Norwegen / Hurtigruten: Die schönste Seereise
Baltikum: Litauen - Lettland - Estland
Costa Rica: in den Garten Mittelamerikas
Indien: unbekanntes Rajasthan
Kroatien: mit Kreuzfahrt durch die Inselwelt
Peru: auf den Spuren der Inka
Sri Lanka: durch Königsstädte u. Nationalparks
Vietnam: Klassische Rundreise

und interessante Rad- u. Wanderreisen!

www.koegelreisen.de

Lothar Kögel Studienreisen — 12207 Berlin, Hartmannstraße 30 — Tel. 771 30 10, Fax 771 30 133

Verlockende Reisen

Marokko Wanderkarawane ab 1650 €
Gomera Wandern & Relaxen ab 1249 €
Buchen Sie Sonne & Schnee – bei uns gibt es auch den neuen Darjeeling Tee. Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!

LockeToursBerlin

Bundesallee 115 — 12161 Berlin
Tel. (0 30) 8 52 30 30 — Fax 8 52 40 71

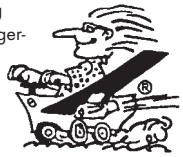
Jugendgästehaus Osterode am Harz (Nds.)

direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt, 129 Betten, Lehrerfreiplätze, div. Pauschalangebote ab 61 d für 4 Nächte incl. Programm und HP. Veranstaltungs- und Seminarräume für bis 200 Personen.
Tel.: 0 55 22/55 95, Fax 68 69
jgh.oha@t-online.de
Info: www.jugendgaestehaus.osterode.de

Studienreisen / Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach		10-Tage-Busreise z.B. nach	
Wien	ÜF 192,– Euro	Südengland	Ü 213,– Euro
Budapest	ÜF 192,– Euro	Toskana	Ü 202,– Euro
London	ÜF 254,– Euro	Südfrankreich	Ü 230,– Euro
Prag	ÜF 199,– Euro		
Paris	ÜF 224,– Euro		
Rom	ÜF 238,– Euro		

(Unterbringung in Selbstversorger-unterkünften)



Alle Ausflugsfahrten inklusive!
Flug- und Bahnanreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!

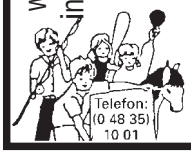
REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜNEN
TELEFON (0 23 06) 7 57 55-0 • FAX (0 23 06) 7 57 55-49 • www.rsb-krause.de

Klassenfahrt
Forellenhof · 25785 Nordhastedt

eigenes Hallenwellenbrandungsbad

Herrliches Gelände (15 ha) in freier Natur zum:

- *Spielen, Toben, Lernen*
- *Schwimmen im eigenen Hallenbad*
- *Reiten – drinnen und draussen*
- *Kutschfahrten • Tischtennisspielen*
- *Fuß-, Basket- und Volleyball*
- *Tobplätze, eigener Aufenthaltsraum*
- *Angelteiche • Lagerfeuerplatz*
- *Gutes Essen: viel Frisches, wie Obst und Gemüse, Kuchen und Trinken*
- *1 Grillabend und 1 Pizzaabend*
- *alles inklusive*
- *Montag – Freitag (4 Mahlz.) 86 Euro*
- *Lehrerfreiplätze*



Telefon: (0 48 35) 10 01

www.kinderferiendorf-forellenhof.de
info@kinderferiendorf-forellenhof.de

Rom

Die ewig junge Stadt
6 Tage Flugreise ab € 224

CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH

www.cts-reisen.de/topangebote — Tel. 05261 2506-27

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit

Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers

Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

propolis BAUGESELLSCHAFT MBH

ZIMMEREI
Neubau • Umbau • Altbau
Hausschwammsanierung

MAUREREI
Putz- u. Stuckarbeiten
Denkmalpflege • Sanierung:
Balkon, Keller, Schornstein

INNENAUSBAU
Holzfußböden
Kleinreparaturen
Schimmelpilzsanierung

INGENIEURBÜRO
Statik • Bauphysik • Gutachten ...

Oranienstr. 19a • 10999 Berlin
Tel. 614 10 50 • Fax 61 60 93 75

Propolis Farbenladen 615 24 64
Mo.-Fr. 10-18 Uhr

BUTTON MASCHINEN

GRAPH DRUCKULA

VERLEIH · VERKAUF · PRODUKTION

Buttons entwerfen per Mausklick!

Anleitung herunterladen, Button selbst gestalten, gewünschte Auflage drucken, Buttonmaschine ausleihen und los gehts... Ideal für Schulfeste, den Kunstunterricht, bei der Jugendarbeit, Basaren, Vereinsfesten.
Lassen Sie sich Ihre Maschine rechtzeitig reservieren!

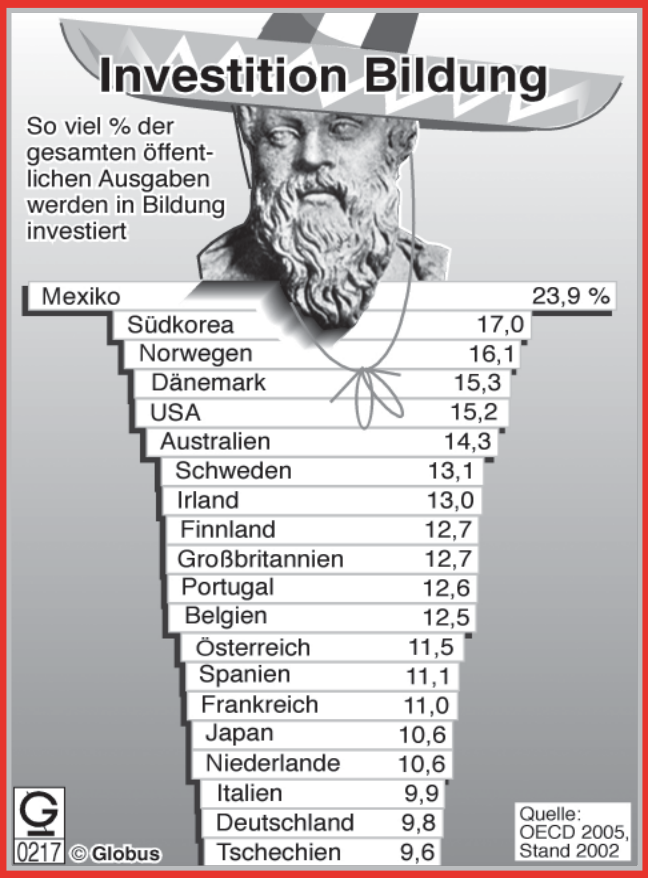
www.graph-druckula.de

Graph Druckula GmbH
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin Kreuzberg
Fon (030) 694 016 20
Fax (030) 694 016 25

GEW IM MAI/JUNI

09. MAI	17.00 Uhr	**AG Gesundheitsschutz**	Raum 33
10. MAI	10.00 Uhr	**Seniorenausschuss**	Raum 33
	13.00 Uhr	**AG Junge Alte**	Raum 47
16. MAI	19.00 Uhr	**Schwule Lehrer**	Raum 47
17. MAI	13.30 Uhr	**AG Altersversorgung**	Raum 47
	18.00 Uhr	**Junge GEW**	Raum 34
18. MAI	16.15 Uhr	**WIP-Rat**	Raum 47
	18.00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 32
	18.00 Uhr	**FG Schulsozialarbeit**	Raum 33
	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**	Raum 31
	19.00 Uhr	**FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit**	Raum 34
22. MAI	15.30 Uhr	**AG Bildungsfinanzierung**	Raum 34
23. MAI	16.00 Uhr	**AG Lehrerarbeitszeit**	Raum 34
01. JUNI	17.00 Uhr	**Arbeitslosenausschuss**	Raum 33
06. JUNI	19.00 Uhr	**FG Hauptschulen**	Raum 31
07. JUNI	18.00 Uhr	**Junge GEW**	Raum 34

BILD DES MONATS



VERANSTALTUNGSHINWEISE

WERTEERZIEHUNG DURCH ETHIKUNTERRICHT?

Diskussionsveranstaltung der GEW-Bezirksverbände Steglitz-Zehlendorf und Charlottenburg-Wilmersdorf am **Donnerstag, 11. Mai um 19.30 Uhr**
Ort: Friedrich-Ebert-Schule, Blissestraße 22
Es diskutieren Sanem Kleff (GEW), Wilfried Seiring (Humanistischer Verband), Hans-Hermann Wilke (Bildungswerk der Ev. Kirche), Manfred Zimmermann (SenBJS, Vorsitzender der Rahmenplankommission Ethik)

INFOVERANSTALTUNG FÜR SELBSTSTÄNDIGE

Zu den Themen „Freiwillige Arbeitslosenversicherung“ und „Veränderte Einnahme-/Überschussrechnung“ findet für VHS-DozentInnen und andere Selbstständige eine Infoveranstaltung statt am **2. Juni um 15 Uhr** im GEW-Haus.

DIE FINANZKRISE BERLINS

Wie kommt das Land und seine Finanzen wieder auf einen grünen Zweig? Fortsetzung der politökonomischen Seminarreihe der AG Bildungsfinanzierung. Referent: Prof. Michael Heine
Donnerstag, 8. Juni um 17 Uhr im GEW-Haus, Raum 31/32

VERANSTALTUNGEN DER SENIOREN

11.5.: „Vom Pillendreher zum Brechtianer“ spricht Herr Riemann im Club Torstraße um 14 Uhr.
16.5.: Besuch des Belvedere und der Kolonie Alexandrowka. Treffpunkt um 10 Uhr, Hauptbahnhof Potsdam.
18.5.: Führung im Einstein-Haus in Caputh, Rückfahrt mit dem Dampfer. Treffpunkt: 10.15 Uhr im Hauptbahnhof Potsdam.
24.5.: Besuch des Marzahner Gartens. Treffpunkt am Haupteingang Eisenacher Straße um 10 Uhr

BITTE E-MAIL-ADRESSEN MITTEILEN!

Für eine schnelle und kostengünstige Kommunikation ist die elektronische Post ideal. Deshalb rufen wir alle Mitglieder auf, uns ihre Mail-Adresse mitzuteilen. Einfach eine E-Mail schicken an: info@gew-berlin.de

GEW-Haus | Ahornstraße 5 (U-Bhf Nollendorfplatz) | Mo bis Fr 9-12 und 12.30 bis 16 Uhr | Mi bis 17 Uhr, Fr bis 15 Uhr
Tel. 21 99 93-0 | Fax. 21 99 93-50 | info@gew-berlin.de | www.gew-berlin.de
Persönliche Beratung in der Rechtsschutzstelle nur nach Vereinbarung: Tel. 21 99 93 45